

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 3,00 M., im Voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M., einschließlich 60 Pfg. Postgebühren- und 72 Pfg. Postbefreiungsbühren. Auslandabonnements 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner „Frauenstimme“, „Lesart“, „Bild in die Bäderwelt“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtbeilage“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konparteilichkeit des „Vorwärts“ ist ein Zeichen für die Unfähigkeit der Sozialdemokratie, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Die Partei hat sich in den letzten Jahren immer mehr von der Arbeiterklasse entfernt und sich den Interessen der Bourgeoisie angenähert.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 63. Dr. B u. Disc.-Gef. Postfach 10000 Berlin.

Bedenken gegen Artikel 48.

Im Justizministerium. — Und im Innenministerium?

Die Wirtschaftspartei hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, den Reichspräsidenten zu bitten, daß im Falle der Ablehnung der Deckungsvorlage und der Vorlagen über die Revision des Erwerbslosen- und Krankenwesens und der Ausgabenfestsetzungen der Reichstag aufgelöst wird. Durch den Antrag soll verhindert werden, daß der Artikel 48 in Anwendung gebracht wird, ohne daß der Reichstag aufgelöst ist.

Wie die Telegraphen-Union dazu zu melden weiß, hat der Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Joel, über die Frage der Anwendungsmöglichkeit des Artikels 48 ein Gutachten ausgearbeitet, über das von der Reichsregierung strengstes Stillschweigen bewahrt wird. Angeblich soll der Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstages für den Fall der Ablehnung der Deckungsvorlagen usw. unmittelbar auf das Gutachten Joels zurückgehen, das starke Bedenken gegen die Anwendung des Artikels 48 äußert.

Und was sagen Wirth, Stegerwald, Guérard, was der Demokrat Dietrich?

Illusionen im Brüning-Lager.

Die sozialdemokratische Fraktion wird vollzählig und geschlossen ablehnen.

In einem Teil der bürgerlichen Presse, wie in den Wandelgängen des Reichstags, wurde gestern das Gerücht wiedergegeben, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei den entscheidenden Abstimmungen sich nicht in voller Stärke beteiligen werde.

Zu diesen Gerüchten schreibt der Sozialdemokratische Pressedienst:

„Man kolportierte am Montag im Reichstag das Gerücht, die sozialdemokratische Fraktion werde eine Anzahl ihrer Mitglieder abkommandieren, oder es würde ein Teil freiwillig der Abstimmung fernbleiben, um dem Kabinett aus der Verlegenheit zu helfen. Die Hugenberg-Presse wußte sogar die genaue Zahl dieser Ketter anzugeben, nämlich vierzig. Alles erfunnen und

erlogen. Schon unter dem 11. Juli hat der sozialdemokratische Parteivorstand sämtliche Mitglieder dringend aufgefordert, an jedem Tage anwesend zu sein. Diese Mahnung ist am Montag wiederholt worden.“

Der Fraktionsvorstand hat ferner die Mitglieder der Fraktion aufgefordert, nicht zur Interparlamentarischen Union nach London zu reisen.

Das Kompromiß über die Kopfsteuer.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Einführung der Kopfsteuer, der am Sonntag zwischen den Regierungsparteien vereinbart worden ist, weicht in einigen Punkten von dem ersten Entwurf ab. Danach sind die Gemeinden bis zum 31. März 1931 lediglich berechtigt, die Kopfsteuer einzuführen. Eine Verpflichtung zu ihrer Einführung ist nur für den Fall vorgesehen, daß im Rechnungsjahr 1930 die Kopfsteuer über den bis zum 1. Juli 1930 beschlossenen Satz erhöht wird. Vom Rechnungsjahr 1931 ab bis zum Inkrafttreten des Grundsteuervereinbarungsgesetzes und des Gewerbesteuerabkommens ist die Gemeinde verpflichtet, die Kopfsteuer einzuführen, wenn die Kopfsteuer den Landesdurchschnitt übersteigt. Für die Senkung der Kopfsteuer und für die Verkopplung der Zuschläge zur Kopfsteuer mit den Kopfsteuereffekten sind besondere Reichsgesetze in Aussicht genommen.

Die Regierungsparteien einig.

Die Fraktionen der Regierungsparteien haben sich auf die Deckungsvorlagen und das Kompromiß über die Kopfsteuer geeinigt. Die demokratische Reichstagsfraktion hat ihre Zustimmung zur Kopfsteuer in einem längeren Schreiben an den Reichskanzler begründet, dessen Schluß lautet:

„Der letzte Grund, weswegen wir unter Zurückstellung wesentlicher Bedenken unsere Unterschrift zu leisten bereit sind, besteht in der Erkenntnis, daß ohne wesentliche Opfer von allen Seiten eine Einigung der Parteien über eine auf parlamentarischem Wege zu verabschiedende Finanzreform überhaupt nicht zu erzielen sein würde, daß aber die Notwendigkeit alsbaldiger Maßnahmen von niemand verneint werden kann, der sich der schweren Gefahren bewusst ist, die sonst Reich und Wirtschaft bedrohen.“

Man könnte in diesen Sätzen schon die Ueberleitung zu einem Hinweis der Demokraten in der Frage der Anwendung des Artikels 48 sehen...

Mit Westarp oder Artikel 48!

In jedem Fall ohne und gegen die Sozialdemokratie.

Heute nachmittag steht im Reichstag die zweite Lesung der Finanzvorlagen auf der Tagesordnung. Man erwartet, daß der Reichskanzler Dr. Brüning die Debatte mit einer Erklärung einleiten wird. Danach wird sich das Hauptinteresse auf die Abstimmungen richten. Man sagt, daß die Regierung je nach dem Ausfall dieser Abstimmungen ihre Entschlüsse fassen wird, man spricht in diesem Zusammenhang wieder vom Artikel 48.

Die Regierungsparteien haben gestern beschlossen, die im Ausschuß gefallene Regierungsvorlage wieder einzubringen und einen Entwurf einer Kopfsteuer hinzuzufügen. Das ist eine Kriegserklärung an die Sozialdemokratie und ein Werben um die Gunst der Deutschnationalen. Unter dem Druck des Reichskanzlers haben Zentrum und Demokraten es unterlassen, mit der Sozialdemokratie Fühlung zu nehmen, obwohl sie wissen, daß die Sozialdemokratie bereit war, mit ihnen zu verhandeln. Durch die Einbringung der Kopfsteuer hat man die Brücke nach rechts geschlagen: ob sie tragfähig ist, müssen die nächsten Tage zeigen.

Beklagt der Regierung Brüning zum zweitenmal, was ihr im April dieses Jahres zum erstenmal gelungen ist, dann ist die Lage ohne weiteres klar. Dann haben wir eine Bürgerblockmehrheit, die zwar etwas morsch und nur durch stärksten Druck zusammengehalten ist, auf die gestützt aber die Regierung Brüning verfassungsmäßig regieren kann. Die Oppositionsstellung der Sozialdemokratie gegenüber dieser Mehrheit ist von selbst gegeben.

Wenn aber die Spekulation mißlingt, wenn die deutschnationale Hilfsmannschaft zur Mehrheit nicht reicht, dann will, so heißt es, die Regierung Brüning mit dem Artikel 48 regieren. Der Staatsstreich ist unterwegs, und als sein Vorreiter erscheint pünktlich schon wieder der alte Schwindel von den angeblichen Präzedenzfällen aus Friedrich Eberts Zeit.

Von den fünf Verordnungen finanzieller Natur, die Ebert in den Jahren 1923 und 1924, also in stürmischer Zeit erließ, hat keine einzige neue Steuern oder Steuererhöhungen eingeführt. Vielmehr handelte es sich in der Hauptsache darum, die Steuerfüße den heftigen Schwankungen der Währung anzupassen. In keinem dieser Fälle ist der Ausnahmezustand des Art. 48 zu dem Zwecke verhängt worden, die Verordnungen erlassen zu können, er bestand vielmehr schon zuvor. In keinem dieser Fälle ist etwas verordnet worden, etwa weil man wußte, daß der Reichstag dafür nicht zu haben sein würde.

Was die Regierung Brüning vorhat, ist das gerade Gegenteil von dem, was damals geschah. Ein Ausnahmezustand besteht nicht, es besteht auch kein gesetzlicher Grund, ihn zu verhängen. Der einzige Grund, ihn zu verhängen, besteht darin, daß man Steuern auschreiben will, für die man im Reichstag keine Mehrheit hat. Was ein solches Vorgehen staatsrechtlich bedeutet, darüber ist ein Zweifel nicht möglich.

Was bedeutet es politisch? Verschärfung des Kampfes zwischen der bürgerlichen Mitte und der Sozialdemokratie. Eine vom Zentrum getragene Regierung spielt Diktatur, die Sozialdemokratie wird ihr sagen müssen, daß ihr Vorgehen mit der Reichsverfassung nicht vereinbar ist. Die Sozialdemokratie wird in jedem Fall vom Reichstag verlangen, daß er die Verordnungen der Regierung aufheben soll. Wird sich dann eine Mehrheit finden, die durch Ablehnung dieses Verlangens für das sachliche und formale Vorgehen der Regierung die Verantwortung übernimmt?

Eine andere Frage: Wie weit kann die Regierung mit dem angemaßten Ordnungsrecht gehen? Staatsrechtlich kann sie damit, wenn sie Steuern auschreiben darf, alles, also z. B. auch die Arbeitslosenversicherung, die Krankenversicherung verschlechtern, den Etat ändern. Subventionen entziehen oder ausstellen usw. Ihr „Recht“ zu solchen Maßnahmen ist genau so stark und so schwach, wie ihr Recht, ohne den Reichstag Steuern auszuschreiben. Aber politisch sind ihr Grenzen gesetzt. Es ist eine politische Frage, wie weit sie sich mit ihren Diktaten in das Gestrüpp der Unpopularität verlieren will. Die Erhöhung der Steuer auf die großen Einkommen ist zu ertragen. Den Beamten ohne Beschluß des Reichstags 2½ Prozent ihres Gehalts abzunehmen, dürfte schon schwieriger sein. Will die Regierung dann etwa noch mit Hilfe des Art. 48 die berüchtigte Regesteuer einführen, so wird sie sich nicht nur beim Reichsrat unbeliebt machen, sondern auch im Volk einen Sturm der Empörung hervorrufen. Liebt es ihr dann auch noch, den Arbeitslosen und den Kranken einige Hundert Millionen abzunehmen,

Das Gemüt beim Zechenkapital

Kürzung der Knappschaftsversicherung beantragt — einen Tag nach der Beisehung der Opfer von Neurode.

Im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages wurden Montagabend die Beratungen über die Novelle zur Krankenversicherung beendet. Nach Schluß der Beratungen begründete der Zechendirektor Leopold einen deutschnationalen Antrag, worin die Regierung aufgefordert wird, nimmere auch eine Novelle zur Knappschaftsversicherung vorzulegen und diese der verschlechterten Krankenversicherung anzupassen.

Abg. Aufhäuser (Soz.) beantragte sofort zur Geschäftsordnung gegenüber diesem Rohheitsakt, der einen Tag nach der Beisehung der Opfer von Neurode vorgenommen werden soll, Uebergang zur Tagesordnung.

Es wurde so beschlossen.

Brot nach Gewicht!

Vom Reichstag beschlossen.

Beim Roggenbrotgesetz ist vor kurzem mit einer Reichstagsmehrheit von einer Stimme der § 4 gestrichen worden, der Brotverkauf nach Gewicht vorschreiben wollte.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte nun beantragt, diese Bestimmung in das Gesetz über den Vermahlungszwang für Weizen einzufügen. Dieser Antrag ist gestern vom Reichstag in namentlicher Abstimmung mit 200 gegen 190 Stimmen bei 8 Enthaltungen zum Beschluß erhoben worden. Da das Gesetz mit diesem Zusatz angenommen worden ist, wird — vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsrates — Brot künftig nach Gewicht verkauft werden.

Frohe Botschaft für Deutschösterreich.

Die Anleihe gesichert.

London, 14. Juli. (TU.)

Die österreichische Wiederaufbauanleihe ist am Montag in London abgeschlossen und von Finanzminister Auch als dem Vertreter der österreichischen Regierung sowie von den Vertretern der beteiligten Banken unterzeichnet worden. Die Anleihe wird in New York bereits am Dienstag nachmittag, in London am Mittwoch, in Wien am Donnerstag, ferner in Holland, Italien, Schweden und der Schweiz zur Auflegung gelangen. Die Anleihe summe beträgt rund 62 Millionen Dollar, wird mit 7 v. H. verzinst und erstreckt sich über 27 Jahre.

Rußlands höchste Instanz.

Neuwahl des Politbüros und des Zentralkomitees. Schluß des Parteitages.

Moskau, 14. Juli.

Das Plenum des vom 16. Kommunistischen Parteitages gewählten Zentralkomitees wählte zu Mitgliedern des Politbüros Stalin, Kaganowitsch, Molotow, Katinin, Woroschilow, Kirov, Kuibischew, Rykow, Rudzutak und Koffler und zu Ersatzmitgliedern dieses Büros Mikojan, Tschubar, Petrowski, Andrejew und Sprzow. Zu Sekretären des Zentralkomitees wurden Stalin, Kaganowitsch, Molotow, Baumann und Postyschew gewählt, ferner wurde Stalin als Generalsekretär bestätigt.

Unter den 71 Mitgliedern des Zentralkomitees befanden sich auch die Oppositionellen Tomski und sogar Bucharin.

Der Parteitag hat einstimmig die Berichte Ordtschonikides über die Arbeit der Zentralkontrollkommission, Kuibischews über die Durchführung des Fünfjahresplanes, Jakowlews über die Kollektivwirtschaftsbewegung und Schwerniks über die Arbeit der Sowjet-Gewerkschaften gebilligt. Die Schlussrede auf den Parteitag hielt Katinin.

Bassanesi vorläufig interniert.

Der Schweizer Bundesrat untersucht.

Bern, 14. Juli.

Der Bundesrat beschäftigte sich heute mit der Angelegenheit des Flüglers Bassanesi. Da die Akten noch nicht eingetroffen sind, hat der Bundesrat noch keinen Beschluß gefaßt. Bassanesi gilt vorläufig als interniert. Es wird untersucht, ob völkerrechtswidrige Handlungen vorliegen. Der Tessiner Regierungsrat Cattani wird am Dienstag im Bundeshaus über die Ergebnisse der Untersuchung Bericht erstatten.

Anfänglich hatte B. jede Aussage verweigert, bis er sich davon überzeugt hatte, daß er sich nicht auf italienischem, sondern auf schweizerischem Boden befand. Verschiedene Flugblätter wurden in den Kiefern Bassanesis gefunden, sowie an Bord des abgestürzten Flugzeuges.

Bassanesi hatte deshalb Lodrino zum Ausgangspunkt seines Mittagfluges nach Mailand gewählt, weil er hier ungehindert die Flugblätter an Bord nehmen konnte, was auf dem Flugplatz von Bellinzona die Aufmerksamkeit der Polizei erregt haben würde. Es ist noch nicht gelungen,

die geheimnisvollen Personen

ausfindig zu machen, die die Flugblätter herangeschafft haben und die auch nach der Rückkehr Bassanesis in einem Kraftwagen wieder in Lodrino eintrafen und mit Bassanesi eine Besprechung hatten.

Der Flugblattregen über Mailand.

Basel, 14. Juli.

Der Tessiner Korrespondent der Baseler „Nationalzeitung“ berichtet noch folgende Einzelheiten aus Mailand:

Das Flugzeug erschien mittags 1 Uhr zur Zeit des stärksten Verkehrs und warf fünf Minuten lang ganze Wolken von Flugblättern ab,

schätzungsweise mehr als 100 000 Stück. Die Zettel waren unterzeichnet von der „Geheimen Vereinigung Gerechtigkeit und

Freiheit“ und riefen zur Revolution auf. Es kam zu zahlreichen Zwischenfällen zwischen Postämtern, Polizei und Polizei, die das Auslesen der Zettel verhindern wollten. Die Nachricht von der Rundgebung durchlief wie ein Lauffeuer die Stadt. Obwohl man in Mailand das Flugzeug nach Norden verschwinden sah und es noch eine längere Strecke über italienisches Gebiet zu überfliegen hatte, versagte doch jeder Verfolgungsdienst.

Die Faschistenpresse lobt gegen Frankreich und verrät dadurch, wie sehr der Flug über Mailand die Tyrannen ängstigt.

Nach einem Privattelegramm der Baseler „Nationalzeitung“ aus Lugano gelangt es trotz der schärfsten Ueberwachungsmassnahmen von italienischer Seite

immer mehr Flüchtlingen, die Grenze ins Ausland zu überschreiten.

In den letzten Tagen kamen zwei Personen, dann zwei Grenzwachter und schließlich vom Vorlupf herab eine Gesellschaft von nicht weniger als zehn Italienern ins Tessin, von wo aus sie nach Frankreich weiterreisten, um dort Arbeit zu suchen. Man glaubt, daß auch die zwei an der Schießerei bei Arzo beteiligten Personen über die Grenze flüchteten und weiterreisen konnten.

Schwarze Liste gegen den Geist.

Jülich, 14. Juli. (Eigenbericht.)

Die „Libera Stampa“ in Lugano hat mit der Veröffentlichung der schwarzen Liste der Faschisten begonnen, in der u. a. Friedrich Adler, der schweizerische sozialistische Nationalrat Francesco Borella und die österreicherische sozialdemokratische Abgeordnete Anna Boshet zu finden sind. Ueberwiegend wirken Namen wie Theodor Däubler, der bekannte aus Triest stammende deutsche Dichter und Angehörige der preussischen Dichterschule, der sich politisch nie betätigt hat, der deutsche Schriftsteller und ehemalige Dadaist Dr. R. Hülsenbeck oder gar der Lustspieldichter Georg Kaiser und der ungarische Expressionist Andor Remeth.

um auf der anderen Seite ostelbische Großagrarien desto reicher zu bedenken — ja, dann kann es das nächste Mal ganz interessante Wahlen geben. Denn es ist ganz selbstverständlich, daß die bürgerlichen Parteien, die einem solchen Regiment die Existenzmöglichkeit geben und seine Maßnahmen decken, für alle seine Taten die volle Verantwortung zu tragen haben.

Eine weitere Frage: Was will Herr Brüning mit dem Reichstag machen, wenn er für seine Finanzvorlagen keine Mehrheit findet? Die einen sagen: „Dann muß er den Reichstag auflösen, denn solange der Reichstag da ist, kann er nicht mit dem Art. 48 arbeiten.“ Die anderen meinen: „Gerade umgekehrt! Brüning muß dann die Steuern mit Art. 48 verordnen, die Verschlechterung der Arbeitslosen-, der Krankenversicherung und die Osthilfe aber vom Reichstag beschließen lassen.“ Das wäre dann eine schöne Arbeitsteilung! Die Schuld der Bürgerparteien am Ganzen würde dann nur noch deutlicher.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich nicht darauf beschränkt zu warnen. Sie war bis zum letzten Augenblick bereit, an einer Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten auf dem Boden der Verfassung mitzuarbeiten. Wenn die Parteien der Mitte dennoch einer Regierung Gefolgschaft leisten, die den Boden der Verfassung zu verlassen bereit ist, so werden sie vor dem Volk und vor der Geschichte die Verantwortung dafür zu tragen haben. Es wird sich zeigen, wie lange man in dem Arbeiterstaat Deutschland mit dem Art. 48 gegen die Arbeiter regieren kann!

Berschlechterung des Wahlrechts

Neuer völkereindlicher Vorstoß der Deutschen „Volks“partei.

Die Deutsche Volkspartei ist bekanntlich die Partei, die nahezu alle Kabinettskrisen in der Republik herbeigeführt hat. Legter Sinn und Zweck aller dieser Krisen ist immer gewesen, den Einfluß der Sozialdemokratie von der Leitung der Staatsgeschäfte möglichst auszuschalten und die Herrschaft der „Wirtschaft“ über den Staat aufzurichten.

Diesen Zwecken dienen der vor allem von der Deutschen Volkspartei inszenierte und geführte Kampf gegen die Sicherung der Arbeitslosenversicherung und gegen die Wirtschaft der öffentlichen Hand. Die Erschwerung und Abdrosselung der Zufuhr von Kapitalien an die Kommunen, sowie die Widerstände, die die Partei des Herrn Scholz selbst den Finanzplänen der Bürgerblockregierung Brüning gegenüber übt.

Eine Zeit wie die gegenwärtige mit den großen finanziellen Schwierigkeiten des Reichs, der ungeheuren Arbeitslosigkeit und all dem, was diese Arbeitslosigkeit in Gefolge haben kann, mit der schweren Notlage weitaus aller Kreise der Bevölkerung erscheint der Deutschen Volkspartei nun als der geeignete Moment, nicht nur auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet gegen die moderne Entwicklung vorzustößen, sondern auch ihre politischen reaktionären Ziele zu fördern. In ihren Wappen fanden die Reichstagsabgeordneten am 14. Juli folgenden kurzen Antrag Dr. Scholz und Genossen:

Im Artikel 22 der Reichsverfassung werden die Worte „über 20 Jahre“ durch „über 25 Jahre“ ersetzt.

Der bisherige Artikel 22 der Reichsverfassung lautet: „Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundzügen der Verhältniswahl gewählt.“

Der Antrag verlangt also nicht mehr und nicht weniger als die Heraufsetzung des wahlfähigen Alters von 20 auf 25 Jahre.

Mit dem Antrag wird in die Reihe der schon vorliegenden politischen Anträge der Deutschen Volkspartei ein neues Glied eingefügt. Die früheren Anträge verlangten bekanntlich eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags, wenn der Reichsregierung, dem Reichskanzler und einem der Reichsminister das Vertrauen wieder entzogen werden soll, die Bindung des Reichstags, im Entwurf des Haushaltsplans ohne Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrats Ausgaben nicht erhöhen oder neu einlegen zu dürfen, und schließlich die Einsetzung eines mit weitgehenden Befugnissen ausgestatteten Reichsparlamentars, der dem Reichsfinanzminister als Vormund an die Seite gestellt werden sollte.

Es ist ein selbstverständliches — wenn auch ungehöriges — Geheiß einer jeden Koalition, daß mindestens grundlegende oder sonst politisch wichtige Anträge von keiner Koalitionspartei ohne Zustimmung der anderen in der Koalition befindlichen Parteien gestellt werden dürfen. Nun wird kaum ein Antrag ausgedenkt sein, der geeigneter wäre, Deutschland in schlimmere politische Wirrnisse zu stürzen, als der mitgeteilte, und die Beantwortung der Frage wäre wichtig und interessant, ob mit diesem Antrag auch die Bürgerblockregierung des Herrn Dr. Brüning und die hinter ihr stehenden Parteien einverstanden sind.

Straßenblockversuch in Sachsen.

Ein Vorschlag der Rechtsparteien.

Dresden, 14. Juli. (Eigenbericht.)

Die sächsischen Rechtsparteien von der Volkspartei bis zu den Nationalsozialisten haben sich am Montag auf die Kandidatur des deutschen Nationalen Wirtschaftsministers Krug von Nidda als Ministerpräsident geeinigt. Die Rechtsparteien verfügen jedoch nur über 46 von 49 zur Wahl notwendige Stimmen. Selbst wenn ihnen die zwei Volksparteien Helfersdienste leisten sollten, müßten sie es nur auf 48 Stimmen bringen. Man nimmt deshalb an, daß die Wahl des Ministerpräsidenten am Dienstag ergebnislos verläuft.

Fried gibt Klein bei.

Die Sachgebiete werden zurückgezogen.

Weimar, 14. Juli. (Eigenbericht.)

Von unterrichteter Seite verlautet, daß die thüringische Staatsregierung ihre Sachgebiete zurückziehen wird, sobald die Entscheidung des Reichsgerichts in Weimar offiziell vorliegt. Man rechnet mit dem Eingang dieser Entscheidung im Verlauf dieser Woche.

Eine wirkliche Verfassungsfeier.

Die Verfassungsfeier der Berliner republikanischen Studenten.

Im ehemaligen Herrenhause fand gestern abend eine vom Kreis Berlin des Deutschen Studentendorbundes, in dem auch die sozialistische Studentenschaft vertreten ist, von der Freiheitlichen Studentenschaft der Berliner Hochschule und den republikanischen Studentengruppen veranstaltete Verfassungsfeier statt.

Der festlich geschmückte Saal und die Tribünen waren überfüllt. An der Veranstaltung nahmen Vertreter der Behörden und der Parlamente und eine Anzahl von Professoren teil. Die Festansprache hielt Prof. Dr. Hermann Heller. Seine Rede, ein starkes Gelächnis zur Weimarer Verfassung wurde von der Versammlung mit jubelndem Beifall aufgenommen. Den Schluß der Feier bildete der Vortrag von republikanischen Dichtungen und eine Ansprache von Frau Ministerialrat Bäumer über die Aufgaben der Akademiker und der Republik.

Diese Feier — eine wirkliche Verfassungsfeier — war nicht die trodene Erfüllung einer Pflicht, sondern eine von wahrhaft innerer demokratischer und republikanischer Begeisterung getragene Ehrung der Verfassung!

Oppositionsieg über KPD.

Bei den Stadtratwahlen in Ruhla.

Weimar, 14. Juli. (Eigenbericht.)

In Ruhla, der kommunistischen Hochburg Thüringens mit einem kommunistischen Bürgermeister an der Spitze, bekamen die Kommunisten bei der letzten Stadtratwahl die absolute Mehrheit. Dann erfolgte die Spaltung der KPD. Der kommunistische Bürgermeister Köhler trat mit einer Anzahl Stadtratmitglieder zur kommunistischen Opposition über. Die Anhänger der kommunistischen Zentrale lehnten den kommunistischen Bürgermeister, die neuen Steuern und den Etat ab, so daß ein von Fried eingesetzter Staatskommissar den Etat zum Ausgleich bringen mußte. Bei der am Sonntag erfolgten Neuwahl erhielten die Kommunisten, die bisher 14 Sitze innehatten, nur noch drei, die kommunistische Opposition aber elf Sitze, die Sozialdemokraten erhielten drei, die KPD, die sich zum ersten Male an der Wahl beteiligten, einen Sitz, die Wirtschaftspartei zwei und die Wirtschaftliche Vereinigung fünf Mandate. Der Stadtrat besteht aus 25 Mitgliedern. Kommunisten und kommunistische Opposition haben auch fernerhin im neuen Stadtrat die absolute Mehrheit.

Hindenburg und Groener beleidigt.

Nationalsozialistischer Reichswehrsoldat vor Gericht.

Güstrow, 14. Juli. (Eigenbericht.)

Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich am Montag der Oberanwiler Ritter aus Güstrow wegen Beleidigung des Reichspräsidenten, des Reichswehrministers und des Generals Hege zu verantworten. Der Angeklagte wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die Verhandlung wurde zunächst ausgesetzt, da noch eine größere Anzahl Zeugen geladen werden soll.

Ritter hat kürzlich in Schwerin an einer nationalsozialistischen Versammlung teilgenommen. Im Verlauf eines Gesprächs mit Kameraden hat er gedehnt, der Reichspräsident habe den Young-Plan unterschrieben, weil er zu wenig Mann sei und General Groener habe beim Zusammenbruch des Kaiserreiches erklärt, der Fahneid stände nur auf dem Papier. Auch bezüglich des Generals Hege hat der Angeklagte mehrere obfussige Äußerungen getan. Er erklärte am Montag zu seiner Entschuldigung, daß er zu den Äußerungen über den Reichspräsidenten bzw. den Reichswehrminister auf Grund seiner Lektüre nationalsozialistischer Zeitungen und Bücher gekommen sei. Im übrigen bejah er die Richtigkeit, vor Gericht zu behaupten, daß er den Wahrheitsbeweis für die Beleidigung seiner Beleidigungen antreten werde.

Landvolkprozeß in Jhehoe.

Verteidiger provoziert das Gericht.

Jhehoe, 14. Juli. (Eigenbericht.)

Im Jhehoer Ständesaal begann am Montag vor dem Schöffengericht ein neuer Landvolkprozeß gegen insgesamt 26 Angeklagte, unter denen sich die bekannten Landvolkfürher Homkens, Besche, Buss, Salomon, Ruyhmann usw. befinden. Die Anklage lautet auf Annahmung, Aufregung zum Steuerstreit u. a. Den Vorsitz der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Bied, die Anklage wird von Oberstaatsanwalt Gollnit vertreten. Verteidiger der Angeklagten ist Rechtsanwalt Luegbeune-Göttingen. Ruyhmann ist zur Verhandlung nicht erschienen.

Rechtsanwalt Luegbeune beantragt Aböhnung des Schöffen Dsnabrügge, weil er Angehöriger der SPD und Parteifreund des vom Landvolk befürworteten hiesigen Oberpräsidenten Kürbis sei. Der Oberstaatsanwalt widerspricht dieser Aböhnung heftig, da die Parteizugehörigkeit die Aböhnung nicht rechtfertigt. Der Schöffe erklärt sich nicht für befangen. Der Vorsitzende lehnte daraufhin den Antrag des Verteidigers ab.

Militarismus und Tanz.

Der 14. Juli in Frankreich.

Paris, 14. Juli. (Eigenbericht.)

Der französische Nationalfeiertag ist am Montag mit einem militärischen Prunk gefeiert worden, wie er seit dem Kriege nicht mehr üblich war. Außer den Regimentern der Pariser Garnison mit ihren Tants, ihren Autogeschützen und ihrer „motorisierten Kavallerie“ nahmen zu Ehren der Jahrsfeier der Eroberung Algeriens mehrere Abteilungen in der Uniform der alten afrikanischen Armee an der Parade teil.

An sich wirkt sich die Festesfreude der Pariser in weniger kriegerischen Rundgebungen aus. Seit zwei Tagen tanzt halb Paris unermüdet auf den Straßen und Plätzen. Am Montag war des Tanzens und der Musik kein Ende mehr. Am Mittag wurden wie üblich die Gratisvorstellungen in den Staatstheatern gestürzt. Abends bewunderte man die offiziellen Feuerwerke und tanzte weiter zu Ehren des Bastillensturms bis in die frühesten Morgenstunden.

In Straßburg, wo der kommunistisch-autonomistische Stadtrat jede offizielle Feier abgelehnt hat, kam es am Montag zu keinen Radauszügen. Damit die Straßburger aber nicht allzu sehr das fehlende Feuerwerk und die Beleuchtung des Münsters vermisten, veranstaltete die Garnison ein riesiges Feuerwerk.

Opfer des Flugzeugunglücks gefunden.

Fünf Stunden von Kolberg.

Kolberg, 14. Juli.

Ein Fischer fand heute fünf Stunden von Kolberg entfernt eine mit einer Schwimmweste versehene männliche Leiche auf. Die in Kolberg vorgenommene Untersuchung ergab, daß es sich der Schwimmweste nach um einen Fluggast des bei Bornholm verunglückten Flugbootes D 394 handelt. Die vorgefundenen Papiere sollen auf den Namen Garbert aus Hattlingen in Westfalen lauten. Bei dem Unglück wurde jedoch kein Fluggast mit dem Namen Garbert aus Hattlingen vermisst, sondern ein Herr Brakelsberg aus Gwelsberg in Westfalen, der Inhaber eines Handelshauses ist. Da, wie bestimmt mitgeteilt wird, der tote eine gut erhaltene Schwimmweste trug, wie sie die Luftkammer in ihren Flugbooten verwendet, besteht Anlaß zu der Vermutung, daß es sich doch um den als vermisst gemeldeten Herrn Brakelsberg handelt. Die eingeleitete Untersuchung dürfte zu einem bestimmten Ergebnis führen.

Die Berufs-Notwehrler.

Notwehr — auch wenn kein anderer da ist?!

Im Königsberger Prozeß hat sich ein Verteidiger der Rationalsozialisten am Montag einen glänzenden Sieg geleistet: er beantragte Adolf Hitler, Fried und Hauptmann von Pfeffer als Zeugen dafür zu laden, daß die Rationalsozialisten bei blutigen Auseinandersetzungen mit ihren Gegnern sich in fast 100 Proz. aller Fälle (warum nicht 110 Proz.?) in Notwehr befänden.

Der gute Mann hatte offenbar verabsäumt, die Montagszeitungen zu lesen. Vielleicht ist er auch auf die „Deutsche Zeitung“ abonniert, die schamhaft ihren Lesern jenen peinlichen Vorfall verschweigt, sonst hätte der Herr Verteidiger doch etwas von dem blutigen Krawall in Albershof gewußt, bei dem das Rasenbein des Majors Buchrucker in Trümmer ging und mehrere Schwerverletzte auf dem Plage blieben. In dieser Versammlung waren — nur und ausschließlich — Rationalsozialisten anwesend, allerdings Rationalsozialisten zweier verschiedener Richtungen. Aber es ist doch kaum anzunehmen, daß die Buchrucker-Leute in den wenigen Tagen ihres Hinauswurfs aus der offiziellen Partei ihre Natur bereits gänzlich verändert haben. Kurz und gut: Hitler gerät in eine schauerhafte Lage, wenn er nun als „Sachverständiger“ aussagen soll, wie es in Albersdorf nur zur Schlägerei unter lauter Nazis kommen konnte. Offensichtlich — durch allseitige Notwehr! Angefangen hat keiner, es haben sich alle nur gewehrt — gegen wen bloß? Hitler wird als Sachverständiger nicht anders können, als den famosen „Palmström“ des Christian Morgenstern (Vorsicht, Jude!) zu zitieren:

Und er kommt zu dem Ergebnis:
Nur ein Traum war das Erlebnis,
Weil — so schlecht er messerscharf —
Nicht sein kann, was nicht sein darf!

Aber vielleicht zieht der Herr Verteidiger vor, nach den Ereignissen von Albershof den Sachverständigen Hitler durch den Sachverständigen Major Buchrucker zu erlegen, den Mann mit dem „ernotwehrten“ Rasenbein!

Zu den Vorgängen in der gesprenkten Versammlung ist noch folgendes nachzutragen: Die Hitlerleute der offiziellen Richtung hatten ihre Anhänger aus der ganzen Umgebung, zum Teil sogar aus Hamburg mittels Lastkraftwagen zusammengezogen. Sie befanden sich daher gegenüber den Einberufern von der Oppositionsrichtung in starker Ueberzahl. Sie ließen es gar nicht erst zur Eröffnung kommen, sondern der Führer der Hitlerleute brachte nach einem Befehl ein Hoch auf Hitler aus, was das Signal zum Sturm auf das Podium war. Nach der offiziellen Verlautbarung der Rationalsozialistischen Parteileitung sei am Vorstandstisch bei dem Lobgesang auf Hitler gelächelt worden, hierdurch hätten sich die Hitlerianer „provokiert“ gefühlt. Also wieder einmal ein Notwehrakt: Notwehr gegen Lächeln!

Der Schwerverletzte Rationalsozialist Boehmann ist nicht, wie zunächst gemeldet, aus dem Fenster geworfen worden. Er hat beide Knöchel gebrochen. Es trifft ferner nicht zu, daß die vier Sandjäger irgendwen von den Angreifern festgenommen oder festgesetzt haben. Lediglich Versammlungsteilnehmer haben auf Grund persönlicher Bekanntschaft die Namen einiger Angreifer ermittelt. Das passive Verhalten der vier Vertreter der Staatsgewalt ist recht auffällig. Schließlich sollte man von vier Gendarmen erwarten, daß sie mehr können, als bloß zusehen, wie geprügelt wird.

Internationale Tagung der Kriegsopter.

Veranstaltung der Ciamac.

Vom 25. bis 27. Juli findet die 6. Jahresversammlung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Kriegsopter und Kriegsteilnehmer (Ciamac) in der Scharbonne zu Paris statt. Im Trokadero wird eine große Friedenskundgebung veranstaltet. Die Delegierten, unter denen sich mehrere Vertreter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegesinteressierten befinden, werden im Pariser Rathaus und im französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten empfangen.

Ein gemeinsamer Besuch der Kriegergräber am Cimetière des Dames beschließt am 28. Juli die Tagung, auf der Fragen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Entwaffnung sowie Beiträge zur Aufstellung eines internationalen Versorgungsrechts und der Lösung der Tuberkulose bei Kriegsoptern und die Rechte der Kriegsblinden zur Aussprache stehen.

Ueber das Programm der Veranstaltung erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

In der Ciamac (zu deutsch: Internationale Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Kriegsopter und Kriegsteilnehmer) sind mit einem Mitgliederstand von 3 Millionen 25 Reichsorganisationen der Kriegsbeschädigtenverbände aus elf verschiedenen Staaten zusammengelagert. Neben der Herstellung und Förderung regelmäßiger Beziehungen zwischen den Verbänden der Kriegsopter aller Länder und der Vertretung ihrer materiellen und geistigen Interessen erstrebt die Ciamac auch die tätige Mitarbeit an der Verbesserung der Beziehungen der Völker untereinander und an der Wahrung des Weltfriedens.

In den vorhergehenden Jahren tagte die Ciamac in Genf, Wien, Berlin und Warschau. Der Pariser Tagung, die in der Scharbonne (Universitäts) stattfindet, kommt um so größere Bedeutung zu, als zum erstenmal Vertreter der deutschen Kriegsopter in der Hauptstadt Frankreichs an den Beratungen einer wichtigen Tagesordnung teilnehmen. Den Höhepunkt der Tagung dürfte die Beratung über die Voraussetzungen dauernden Friedens: „Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit, Entwaffnung“ erreichen. Als Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt sind berufen Professor Cassin-Paris und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Pöhlmann-Stuttgart. Ferner stehen zur Debatte das Problem eines internationalen Versorgungsgesetzes, der Umfang der Tuberkulose bei Kriegsoptern und Kriegsteilnehmern und die Rechte der Kriegsblinden. Im Trokadero wird außerdem eine große Friedenskundgebung stattfinden. Im Pariser Rathaus und im französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten erfolgt ein offizieller Empfang der Delegierten, unter denen sich als Vertreter der deutschen Kriegsopter Mitglieder des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen befinden.

Der Auslieferungsvertrag mit USA. ist unterzeichnet worden, der erste, den Deutschland nach Inkrafttreten des deutschen Auslieferungsgesetzes vom 23. Dezember 1929 mit einem fremden Staat abgeschlossen hat.

Major Buchrucker in Nöten.



„Ach wär doch wieder Putz in Rüstern, das ging damals so gemütlich zu!“

Arbeiterregierung / Sozialismus.

Macdonalds Rede auf einem Arbeiterfest.

London, 14. Juli. (Eigenbericht.)

Auf einem Londoner Arbeiterfest führte Macdonald am Sonntag aus: „Ich bin gewiß nicht mit unserer bisherigen Arbeit in der Regierung zufrieden. Ein Rückblick auf das, was hinter uns liegt, bestätigt uns lebhaft, daß wir nichts zu fürchten brauchen und in eine Zukunft blicken können, deren Früchte reicher sein werden, als sie die Vergangenheit bringen konnte.“

Ueber Werk kann nur Schritt für Schritt vollendet werden und auch nur dann, wenn die Mehrheit zum Sozialismus sich bekannt hat.

Der Kapitalismus hat Millionen in der ganzen Welt von der Arbeitsstätte in die Arbeitslosigkeit gejagt. Es ist Zeit, den Kapitalismus zu regulieren und zu kontrollieren. Die Produktion muß geordnet und planmäßig geregelt werden. Das ist jedoch eine internationale Frage, die ein einzelnes Volk zu lösen nicht imstande ist. Die Lage in Indien ist heute ernst und

wir beklagen es als eine traurige Tatsache, daß Männer ins Gefängnis wandern mußten, mit denen wir zusammen arbeiten wollen.

Die aber, wenn sie selbst verantwortlich für die Leitung ihres Landes wären, nicht anders mit den Befehlshabern verfahren wären, als jetzt ihnen geschieht.

Staatliche Außenhandelskontrolle.

London, 14. Juli. (Eigenbericht.)

Der Vorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei erklärte zu der Frage „Freihandel oder Schutzoll“: „Weder der Freihandel noch der Schutzoll können der Arbeitslosigkeit abhelfen und die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft verbessern. Einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zeigen nur sozialistische Maßnahmen, die zur Zeit darin bestehen müssen, die Ein- und Ausfuhr unter staatliche Kontrolle zu nehmen, damit die Preise stabilisiert und ein internationaler staatlicher Warenaustausch garantiert werden kann. Neuen auswärtigen Ländern, die nicht gleichfalls derartige Maßnahmen zum Staatsprinzip erheben, ist die Einfuhr von Waren nach England zu sperren.“

Keine Milde in Frisco.

Der Weineidzeuge meldet sich.

London, 14. Juli.

Die „Daily Herald“ aus New York meldet, wurde dort ein gewisser John Macdonald verhaftet, weil er sich selbst beschuldigt hat, in dem Prozeß gegen die Arbeiterführer Moonch und Billings als Hauptzeuge einen Weineid geschworen zu haben. Moonch und Billings waren seinerzeit im Zusammenhang mit einem 1916 in San Franzisko begangenen Bombenattentat zum Tode verurteilt, später aber zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigt worden. Wiederaufnahme oder Vergnadigung ist vom Staatsgouverneur immer wieder, auch eben jetzt wieder abgelehnt worden. In New York werden diese Woche Kundgebungen veranstaltet werden, um die völlige Vergnadigung der beiden Verurteilten zu erreichen.

Polnische Beforgnisse um den Korridor.

Aus Anlaß der Europa-Diskussion.

Warschau, 14. Juli (Ost-Express).

Der regierungsfreundliche „Gazas“ und der oppositionelle „Robotnik“, das Hauptorgan der sozialistischen Partei Polens, äußern sich übereinstimmend dahin, daß die bevorstehende Diskussion über die Pan-Europa-Pläne Briands zwangsläufig die Frage der Grenzrevision aufs Tapet bringen werde. Der „Gazas“ nimmt freilich an, daß diese Frage in der deutschen Antwort an Briand noch nicht angeschnitten werden wird, und der „Robotnik“ stellt ebenfalls fest, daß die deutsche Regierung über diese Dinge „offiziell noch nicht spreche“. Indessen, so führt das sozialistische Blatt fort, „fängt man in Frankreich und England bereits an, über die Notwendigkeit von Änderungen an der deutsch-polnischen Grenze zu murren.“ Mussolini habe sich ausdrücklich für eine Revision der Verträge ausgesprochen. Sobald aber die Revision akut würde, werde sie nicht bei den Italien interessierenden Fragen der Kolonien und der Balkangrenzen stillhalten, sondern sich auch auf das Problem der polnischen Grenzen ausdehnen.

Derartigen Bestrebungen könne Polen nur dann entgegenwirken, wenn es den Nachweis führe, daß der gegenwärtige territoriale Status an der deutschen Grenze dem wirtschaftlichen Vorteil ganz Osteuropas diene, ohne für Deutschland von Nachteil zu sein. Das Blatt schließt mit dem melancholischen Eingeständnis, daß das heutige Polen leider nicht in der Lage sei, diesen Nachweis zu erbringen. Der „Gazas“ befürchtet vor allem, daß Briand in bezug auf eine Revision der deutsch-polnischen Grenze irgendeine Kompromißstellung als den geschäftlichsten Ausweg aus den Schwierigkeiten wählen könnte. Symptomatisch sei die neuerliche Ausherrschung Sauerweins über die notwendige Wiederherstellung eines unmittelbaren Verkehrs mit Ost-

preußen. Durch die Einrede Sauerweins, er habe nur wirtschaftliche und Transitzugungen im Auge gehabt, würden diese Befürchtungen in keiner Weise zerstreut. Der Transit über den Korridor sei auch heute schon geregelt; den Deutschen gebe es aber nicht um den Transit, sondern um die Grenzen.

Schweden skeptisch.

Stockholm, 14. Juli.

Schwedens Antwort auf die Dentschrift Briands wurde dem französischen Gesandten in Stockholm überreicht. Die schwedische Regierung erklärte ihre Bereitwilligkeit zu einer Aussprache in Genf, äußert sich jedoch skeptisch zu dem Gedanken, jetzt bereits ein wohl ausgebildetes Staatensystem mit ständigem Sekretariat und Konferenzen zu schaffen und hält eine wirtschaftliche Besprechung im Zusammenhang mit den Völkerbundstatistagungen für zweckmäßig.

Die Arbeiterjugend-Internationale.

Fortschritt in allen Ländern.

Kopenhagen, 14. Juli. (Eigenbericht.)

Anlässlich des internationalen Jugendtages tagte in der dänischen Hauptstadt die Sozialistische Arbeiterjugendinternationale. Den Bericht des Sekretariats erstattete Ollenhauer-Berlin. Danach betrug die Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände am 31. Dezember v. J. 238 994, im Vergleich zu 1928 Zunahme um mehr als 18 000. An der Spitze marschiert die schwedische Arbeiterjugend mit 58 000 Mitgliedern. Die sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands hat ihre Mitgliederzahl in den letzten zwei Jahren um 7 000 gesteigert. Der holländische Verband zählt 9 000, die dänische Organisation über 12 000 Mitglieder. Auch die starke deutschösterreichische Organisation und die beiden der Tschechoslowakei hatten erfreuliche Fortschritte. Zur Förderung der Bewegung in den Balkanländern wird im Oktober eine Konferenz der Jugendverbände dieser Länder tagen. Die Gründung eines rumänischen Jugendverbandes ist kürzlich erfolgt. Die Exekutive beschloß u. a., das dritte internationale sozialistische Jugendtreffen 1934 abzuhalten, der Ort soll in einer der nächsten Sitzungen der Exekutive bestimmt werden.

Fort mit Tschiangkai-schek.

Wiedervereinigung der Kuomintang.

London, 14. Juli.

Die „Daily Telegraph“ aus Peking meldet, hat sich die Kuomintang-Partei, die sich nach dem Tode ihres Begründers, Dr. Sun-yatsen im Jahre 1925 in zwei Richtungen gespalten hatte, wieder zusammengeschlossen und eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie ihre Absicht verkünden, eine Regierung zu bilden. Dies bedeutet, daß der Führer der Extremisten Wangschingwei mit den Generälen Fenhshikan und Fungshiang gemeinsame Sache macht.

Nationalsozialistische Lügen vor Gericht

Sie haben sich in Röntgental nur verteidigt

Stürmen, türmen, lügen — dies die Parole der nationalsozialistischen Totschlag-, Raub- und Mauthelden in dem Röntgentaler Prozeß. Und nicht nur die Parole dieser Nationalsozialisten.

Sie kommen nach Röntgental, um angeblich ihre Kameraden nach Buch zu begleiten; begeben sich zum Reichsbannerlokal, an dem ihr Weg nicht vorbeiführt; bleiben stehen, obgleich sie da nichts zu suchen haben; eröffnen eine Feuerlinie gegen die Reichsbannerleute und erklären vor Gericht mit dreifacher Sitze, die von ihnen Uebertätlern hätten geschossen. „Wie erklärt sich der Angeklagte, daß unter den Uebertätlern ein Toter und drei Verletzte waren. Haben sie sich etwa selbst angeschossen? fragte der Staatsanwalt. „Möglich“, erwidert lallschänzig der Zeuge, „es war ja dunkel und die hinteren Reihen konnten auf die vorderen geschossen haben.“ Und dieser Angeklagte, ein Arbeiter, schien unter seinen Kameraden nicht der schlimmste zu sein. Er wollte nicht nach Röntgental mit, und berief sich darauf, kein Jahrgeld zu haben. Man versprach ihm Jahrgeld, schimpfte ihn „feige“ und so ging er mit. Im nationalsozialistischen Jargon bedeutet „feige“ offenbar, wenn man einen menschlichen Uebertätler nicht mitmachen will, „mutig“ aber, wenn man auf Wehlofe schießt, hinterher taucht und dem Gericht das Blaue vom Himmel herunterläßt. Man kann sich wohl vorstellen, daß die Jugend sich in Zeiten politischer Erregung oder aus Ueberzeugung zu Gewalttätigkeiten hinstreben läßt. Angst und Gange wird einem aber um eine Jugend, die systematisch Totschlag betreibt, sich dabei in heldenhafte Pose wirft und hinterher nicht den Mut hat, ihren Mann zu stehen und sich zur „politischen“ Tat zu bekennen. Auch kein Zufall vielleicht, daß die Hauptangeklagten fast alle Mittelschüler und Mitglieder von nationalen Schülerorganisationen waren.

Nach der Pause wurde der dritte Angeklagte, der 18jährige Schüler Paul Schlenker, vernommen. Er gehörte bis 1929 zum Jungstahlhelm, ist ausgetreten, weil er die Politik des Stahlhelms nicht mehr billigte, und wurde Mitglied der Nationalsozialistischen Schülerorganisation Franzlauer Berg. Die Einzelheiten über den Abmarsch von dem Lokal, die Ankunft in Röntgental, den Feldzug gegen das Reichsbannerlokal und den Sturm auf die Reichsbannerleute schildert er in der gleichen Weise wie die ersten beiden Angeklagten Marquardt und von Jitzewitz. Natürlich rückt auch er nicht mit der Wahrheit heraus.

Auch für ihn waren die Reichsbannerleute die Angreifer, die Nationalsozialisten die Unschuldslämmer, die sich nur ihrer Haut gewehrt haben.

Er läßt hat, da er einen Angriff befürchtete, hinter einem Baum Deckung gesucht und aus seinem Trommelrennender Platzpatronen abgeschossen. Als der Vorsitzende sagt: Wo haben Sie Ihre Pistole gelassen“, erzählt der Angeklagte, er habe sie am nächsten Tage im nationalsozialistischen Lokal einem Kollegen geliegt und vergessen, die Waffe später von ihm zurückzunehmen. Den Namen des Kollegen will er nicht kennen.

Der vierte Angeklagte, der 24jährige Fensterputzer Johann Schindler hat einzelne seiner Mitangeklagten schwer belastet. Der Staatsanwalt stellt den Antrag, ihn in Abwesenheit der übrigen Angeklagten zu vernehmen. Der Angeklagte Schindler erklärt, daß er sich von der Anwesenheit der Mitangeklagten nicht beeinflussen lassen würde, er wünsche in Gegenwart aller auszusagen. Der Staatsanwalt zieht seinen Antrag zurück. Schindler hat nur die Gemeindefunktion bezeugt. Von seinem 16. Lebensjahre gehörte er der Bismarckjugend an. Wegen der Krankheit der Mutter trat er im Jahre 1927 aus und beging nach dem Tode der Mutter einen Selbstmordversuch — unter den ersten vier Angeklagten der zweite Selbstmordandächtige — und schloß sich kurz vor Weihnachten auf Veranlassung der Mitangeklagten Kellermann und

Wie den Nationalsozialisten an. Am 5. März befand er sich gerade im Lokal Franz, als Marquardt ans Telefon gerufen wurde.

Als dann auch er aufgefordert wurde, nach Röntgental mitzufahren, weigerte er sich.

Das gleiche tat Kellermann. Beide ließen sich aber überreden. Nach der Ankunft in Röntgental trafen sie an der Brücke zwei Kameraden, denen Marquardt die Meldung machte: „Zwölf sind zur Stelle, zehn kommen nach.“ Diese wiesen aber auf einen dritten hin mit den Worten: „Dort steht der Sturmführer.“ Marquardt begab sich nun auch in das Lokal Edelweiß. Mit ihm an der Spitze, im ganzen neun Mann, ging man hinterher und blieb vor dem Lokal Reichen stehen, „weil man nicht wußte, wo der Weg nach Buch weiterging“. Vorsitzender: Wozu blieben Sie denn eigentlich hier stehen? Es waren doch Röntgentaler und Bucher unter Ihnen, die den Weg kannten? Angeklagter: Das weiß ich nicht, jedenfalls blieben wir stehen. Wir standen auf der linken Seite der Straße, auf der rechten Seite an der anderen Ecke standen die anderen Kameraden. Es erschienen zwei bis drei Leute in Uniform, im selben Augenblick fielen links von uns Schüsse. Schon stürzten Leute aus dem Lokal heraus. Ich sah bei Ihnen Stahlruten, Stöcke und Knüppel. Jemand rief: Zurück! Reichsbannerleute machen Sturm. Ich sah bei dem Gegner Rändungsfeuer aufblitzen.

Marquardt lief an mir vorbei, zog aus der Tasche seine Pistole und gleich darauf fielen Schüsse.

Ob er geschossen hat, weiß ich nicht, er hat aber die Hand gehoben. Vorsitzender: Bismarck Schüsse kann er abgegeben haben? Angeklagter: Wenn er geschossen hat, so hat er einen ganzen Rahmen verschossen. Vorsitzender: Wissen Sie, daß er eine Pistole besessen hat? Angeklagter: Ja. Vorsitzender: Hat Schlenker auch geschossen? Angeklagter: Ja, Schlenker hat aus einer Schreckschloß Pistole geschossen. Die Reichsbannerleute hatten die Straße verlassen, auf einmal plätschte die Fensterscheibe. Marquardt muß in das Lokal geschossen haben. Denn nur er und Schlenker standen vorne. Vorsitzender:

Vor dem Untersuchungsrichter haben Sie gesagt, daß Sie nicht mit Bestimmtheit sagen können, ob auch die Reichsbannerleute gefeuert haben. Sie wählten aber bestimmt, daß von Seiten Ihrer Kameraden zuerst geschossen worden sei.

Bei der Polizei haben Sie wieder gesagt, daß gleichzeitig geschossen worden sei. Was ist nun richtig? Der Angeklagte weiß nichts zu erwidern. Der Staatsanwalt hält dem Angeklagten noch eine vierte Darstellung vor. Er hatte nämlich den ganzen Vorgang so geschildert, daß Marquardt und einige Leute plötzlich an ihm vorbei in die Schillerstraße liefen, das unmittelbar dort Pflöze ertönten und Schüsse trachten, daß auf diese Schüsse hin erst die Reichsbannerleute aus dem Lokal geübt seien und daß nun Marquardt wieder an ihm vorbeigelassen sei und dann erst neue Schüsse gefallen seien. Auch auf diese Vorhaltung weiß der Angeklagte gleichfalls nichts zu sagen. Er behauptet heute noch, daß seiner Ansicht nach etwa zehn Schüsse von Seiten der Reichsbannerleute gefallen seien, 6 bis 8 Schüsse habe Marquardt abgefeuert und 6 Platzpatronen Schlenker. Ferner will er wissen, daß ein hinter ihm stehender uniformierter Nationalsozialist gleichfalls aus einer Pistole zwei Schüsse abgefeuert hat. Noch „freigiebig befeindeter Schläger“ trat man den Rückzug an. In der Nähe von Buch sah man das Ueberfallkommando kommen. Marquardt und Genossen warfen sich in ein Kartoffelfeld, warteten, bis das Ueberfallkommando vorbei war und folgten dann ihren Heimweg fort. Erst am nächsten Tage will der Angeklagte erfahren haben, daß es einen Toten und mehrere Verletzte gegeben habe. Vorsitzender: Hat Ihnen aber nicht Schlenker auf dem Heimwege gesagt:

Die haben es getriegt. Meiner Ansicht nach ist einer zusammengebrochen? So haben Sie es früher ausgelegt. Der Angeklagte erwidert: Ich weiß nicht mehr. Vorsitzender: Haben Sie auch nicht bei der polizeilichen Vernehmung gesagt: Mir und allen anderen war es klar, daß in Röntgental eine Aktion gegen Ueberfallkommando unternommen werden sollte? Angeklagter: Die Polizei hat mich falsch verstanden. Vorsitzender: Haben die Röntgentaler nicht zu den Berlinern vor dem Lokal Reichen gesagt:

Na, Jungens, heute ist die beste Gelegenheit!

und wollten Sie sich nicht nach im letzten Augenblick drücken? Sie haben es aber nicht getan, weil Ihnen Feigheit vorgeworfen wurde. Der Angeklagte bestätigt das. Vorsitzender: Haben Sie nicht auch von einem Ausschwärmen gesprochen? Das will der Angeklagte nicht wahrhaben.

Zum Schluß werden dem Angeklagten Schindler seine Kameraden Marquardt und Schlenker gegenübergestellt. Beide bestreiten die Richtigkeit der über sie gemachten Aussagen. Natürlich hat Marquardt keine Pistole bei sich gehabt und auch nicht geschossen usw. Die Verteidigerbank ist mit dem Angeklagten Schindler höchst unzufrieden. Rechtsanwalt Saak erklärt, daß er an diesen Zeugen keine Fragen zu stellen habe. Allerdings ein für die Angeklagten unangenehmer Zeuge.

Heute folgen die Aussagen der Röntgentaler Nationalsozialisten.

Landgericht setzt Neubaumieten herab.

Eine Gerichtsentcheidung von großer Bedeutung.

Soeben hat vor einer Zivilkammer des Landgerichts I ein Prozeß sein vorläufiges Ende gefunden, der für die Festsetzung der Neubaumieten von allergrößter Bedeutung ist.

Die Wittelsbach-Bauhausbau-Gesellschaft hatte 130 Mieter ihres Neubaublocks an der Wittelsbach-, Bismarck- und Pammerschen Straße auf Zahlung der von ihr festgesetzten Miete und Nachzahlung der von den Mietern im Einverständnis mit der Wohnungsfürsorgegesellschaft gemachten Abzüge sowie Festsetzung der Miethöhe verklagt. Dieser Prozeß hat eine interessante Vorgeschichte:

Für die mit Hauszinssteuer mittels errichteten Wohnungen des genannten Baublocks wurden Mieten in Höhe von 115 bis 125 M. für 2½-Zimmer-, 140 bis 160 M. für 3½-Zimmer-, 230 bis 260 M. für 4½-Zimmer-Wohnungen erhoben. Dazu kam, im Durchschnitt von 15 Monaten, eine Umlage in Höhe von 30 Proz. der Miete. Wenn man weiter berücksichtigt, daß für diese Wohnungen 800 bis 900 M. Baukostenzuschuß pro Zimmer gefordert worden war, so ergaben sich, auf fünf Jahre verteilt, Mieten von 180, 210 und 350 M. pro Monat.

Da diese Miete den Mietern zu hoch erschien, veranlaßten sie eine Prüfung der Baukostenberechnung durch beide Sachverständige und unabhängig davon durch die Wohnungsfürsorgegesellschaft, die beide zu dem Ergebnis kamen, daß eine Miete von 15,50 M. pro Quadratmeter Wohnfläche angemessen sei, während die Baugesellschaft die Mieten auf der Basis von 22 M. pro Quadratmeter berechnet hatte. Nach einem vergeblichen Versuch der Wohnungsfürsorgegesellschaft, eine gütliche Einigung zwischen Mietern und Bauherren herbeizuführen, veranlaßte die Wohnungsfürsorgegesellschaft die Mieter, einseitig die Miete um durchschnittlich 13 Proz. herabzusetzen, was der größte Teil der Mieter auch tat.

Den Prozeß, den die Baufirma daraufhin gegen ihre Mieter auf Zahlung der vollen von ihr festgesetzten Miete angestrengt hatte, hat sie nunmehr in erster Instanz verloren. Die Wohnungsfürsorge hat mit ihrem Standpunkt recht behalten, daß nicht nur die Mieten zu hoch waren, sondern auch die Umlagen, und daß es unzulässig sei, außer Warmwasser und Heizung auch allgemeine Verwaltungskosten, Grundsteuern, Treppeneleuchtung usw. zu berechnen.

Die „Victoria regia“ blüht. Im Botanischen Garten blüht zur Zeit die „Victoria regia“. Da Blüten reichlich vorhanden sind, ist der Besuch sehr lohnend.

SINCLAIR LEWIS 22] DER ERWERB ROMAN

Und während sie ihre Stimme deutlich sagen hörte: „Ja, sieh mal, liebe Mutter, ich mußte eben noch eine Büroarbeit fertigmachen...“, sagte sie leise zu sich selbst: „Eines Tages wird er mich küssen und ich bedauere es nicht, daß es nicht heute Abend geschah — wenigstens jetzt nicht mehr, nein... es ist so merkwürdig — ich habe es gern, wenn er mich berührt, und ich könnte es einfach nicht ertragen, daß mich ein anderer Mensch anrührt!... Ich möchte wissen, ob er jetzt auch aufgeregter ist? Was er nur tun mag?... Oh, ich bin froh, so froh, daß ich seine Hände so gut leiden möchte!“

Sechstes Kapitel

1.

„Ich hätte nie gedacht, daß ein anständiges Mädchen sich in einen schlechten Mann verlieben könnte, und ich glaube, Walter ist schlecht. Jemandwie. Aber vielleicht bessert er sich noch.“

So überlegte am nächsten Morgen Lina in ihrem schlüchtern Herzen auf dem Weg zur Untergrundbahn. Sie konnte sich nicht vorstellen, wie er sich benehmen würde, jetzt, da es wieder langweiliger, nüchterner Alltags war und alle Welt durch die staubigen Straßen leuchtete. Und schließlich war es ihr auch ganz gleich.

Als sie das Büro betrat, war Walter nicht zu sehen, und sie wurde augenblicklich von der Treitmühle ihrer täglichen Beschäftigung mitgerissen. Da gab es keinen feurigen Händedruck mehr, der sie dem Treiben der Welt entrückte, sondern Listen, die abzuschreiben, Tippfehler, die auszurudern waren, und das irritierende Festmachen eines locker gemordenen Buchstabens, der tüdischerweise immer wieder zu tief saß. Zwei Stunden lang sah sie Walter nicht.

Gegen zehn Uhr dreißig kam er mit gleichgültiger Miene und sie zugehlehert.

Hunderte Male wohl hatte Lina in ihren heimlichen Mädchengebunden über die Liebe vermutet, daß es peinlich sein müsse, dem Manne, dessen Liebsklangen man sich hingeeben hatte, am nächsten Morgen zu begegnen. Es war so verwirrend — eines jener Geheimnisse der Liebe, über die Mädchen zu grübeln pflegen zwischen den einzelnen Kapiteln der Romane, die sie lesen. Doch plötzlich fand sie es ganz leicht und natürlich, Walter zuzusprechen... In diesem weißgetünchten, taghellen Büroraum gestand sich keiner von ihnen den Taumel der vergangenen Nacht, die Lächerlichkeit der einander berührenden und suchenden Hände ein.

Er beugte sich nur leicht über ihren Schreibtisch und sagte flüchtig: „Guten Morgen, kleine Goldi.“ Dann schien er sie stundenlang zu meiden. Sie fürchtete sich. Vor allem fürchtete sie sich vor ihrem eigenen Bunsche, zu ihm zu gehen, um sich darüber zu beklagen, daß er sie mißte.

Gegen drei Uhr, um die Zeit, da das Büroall mit natter Dankbarkeit jeden Barwand ergreift, um sich zu unterhalten, umherzustehen und einander neue Witze zu erzählen oder ans Fenster zu stürzen und voll Interesse einen Straßenumzug anzusehen, bemerkte Lina, daß Walter anfang, unauffällig herumstreifend, sich ihr zu nähern. Sie ärgerte sich, daß er nicht geradewegs auf sie zukam. Endlich trat er zu ihr heran und fragte nach einem Brief, den sie für ihn eingereicht hatte. Sie merkte an dem zufällig gesenkten Blick seiner ungetreten Augen, daß er auf die zarte Haut des Halses schielte, die über dem dreieckigen Ausschnitt ihrer Bluse sichtbar war; und sie verachtete ihn ein wenig ob seiner verlegenen, verstocktenen Blicke. Sie hätte ihm am liebsten zugerufen: „Oh, ja hören Sie doch auf mit dem Gezappel! Entschließen Sie sich bitte, ob Sie mich gern haben oder nicht und bitte schnell! Wir ist's alles eins!“

Sie konnte leicht in dem Gefühl dieser geheimen Herausforderung schwelgen — denn er war ja schließlich noch im Büro, nicht für immer fort von ihr! — bis fünf Uhr, bis zur Stunde, da alleinstehende junge Herren das Büro verlassen und verzweifelt anfangen, sich nach einer Gesellschaft umzusehen.

Um diese Stunde eilte Walter herbei und hat: „Goldi, Sie müssen heute Abend mit mir ausgehen.“

„Es tut mir leid, aber es ist zu spät...“

„Oh, ich weiß. Galt! Wenn Sie ahnten, wie ich den ganzen Tag an Sie gedacht habe! Ich habe mir den Kopf

zerbrochen, ob ich soll — ich lauge ja nichts; verdammt Bagabund, hab ich mir gesagt, und ich habe überlegt, ob ich ein Recht hätte, mich in Ihr Leben zu drängen. Aber — oh, Sie müssen mitkommen, Goldi.“

Lina mappnete sich mit ihrem ganzen Stolz. Eine Frau kann einem Mann alle Laster verzeihen. Aber sie wird ihm nicht so leicht verzeihen, daß er sie nicht mit Ungeheim begehrt, ohne zu zaudern und ohne damit Zeit zu vergeuden, über seine Laster nachzudenken. Die Weigerung, den geliebten Menschen zu opfern, gilt bei der Jugend nicht als eine Tugend.

Lina sagte unheimlich deutlich: „Es tut mir leid, aber ich kann leider heute Abend nicht.“

„Ach — ich wollte, Sie könnten doch“, seufzte er.

Während er sich entfernte, frohlachte Lina insgeheim, weil sie seine nicht sehr dringliche Einladung abgelehnt hatte, aber schon war sie sich dessen bewußt, daß sie es bedauern würde. Das echt weibliche Gefühl des milden Sichselbstklammerns an die Liebe hatte sie ergriffen.

Die dicke Gestalt des Fräuleins Ronnhilb warf plötzlich ihren Schatten über Linas Schreibtisch. Sie küsterte ihr heiser zu: „Hören Sie, Fräulein Golden. Sie müssen ein wenig aufpassen auf diesen Babylon-Menschen. Er benimmt sich, als wenn er in Sie verliebt wäre. Hören Sie, alle Leute sagen, daß er ein schlechter Kerl wäre. Hören Sie, ehrlich gesagt, es heißt, daß er so ziemlich jede Dame kompromittiert.“

„Ja, ich weiß gar nicht, was Sie meinen.“

„Ach was, natürlich wissen Sie es — schleicht da den ganzen Tag herum und geht Ihnen überhaupt nicht mehr von der Seite!“

„Ach, Sie sind ja total verrückt! Er hat einfach noch ein Papier gefragt...“

„Na ja, schon gut! Lassen Sie sich bloß sagen, ein Mädchen kann gar nicht genug auf ihren guten Ruf bedacht sein bei diesen mageren, schwarzen Teufeln, die einem so nachschneiteln.“

„Ja, aber Sie machen sich wirklich lächerlich! Woher wissen Sie übrigens, daß Herr Babylon ein schlechter Kerl ist? Hat er jemals irgend jemandem im Büro etwas getan?“

„Nein, aber man sagt...“

„Man sagt!“

(Fortsetzung folgt.)

Dachstühle in Flammen.

Großfeuer in Treptow. — Petroleumlager auf dem Boden.

Im Dachstuhl des Hauses Grachstraße 51/52 in Treptow brach gestern in vorgerückter Abendstunde Feuer aus, das in kurzer Zeit große Ausdehnung gewann und sich bald über mehrere Dachstühle erstreckte. Fünf Löschzüge der Feuerwehr hatten mit der Bekämpfung des Brandes unter schwierigsten Verhältnissen standeslang angestrengt zu tun.

Das Wohnhaus Grachstraße 51/52 ist ein langgestrecktes Gebäude, das an das Eckgrundstück Bouchéstraße grenzt. Kurz nach 20 Uhr wurde das Feuer von Passanten bemerkt. Die Fenster der Bodenlaken zerplatzten plötzlich lautstehend und meterlange Flammengarben schlugen empor. Als die Feuerwehr zunächst mit zwei Löschzügen an der Brandstelle erschien, war der ganze Häuserblock in einen undurchdringlichen Qualm gehüllt. Da die Flammen bereits beide Dachstühle erfasst hatten, und die angrenzenden Dachstühle der Hinter- und Nachbarhäuser äußerst bedroht waren, mußten drei weitere Löschzüge sowie ein Schlauch- und Rettungswagen mit Sauerstoffapparaten nachalarmiert werden. Das Feuer hatte inzwischen immer bedrohlichere Formen angenommen. Sogar aus dem Dachstuhl des Seitensüßels züngelten die Flammen bereits empor und so mußten in wenigen Minuten 9 Schlauchleitungen in Tätigkeit gesetzt werden. Inmitten der Löscharbeiten erfolgten mehrere schwache Detonationen, für die sich zunächst keine Erklärung finden ließ. Nach zweistündiger Tätigkeit war die Gewalt des Großfeuers endlich gediegen.

Bei den Aufräumungsarbeiten machten die Feuerwehrleute noch eine sensationelle Entdeckung. In einem ausgebrannten Verschlag lagen zahlreiche Petroleumkannen umher. Brandspuren deuteten darauf hin, daß an dieser Stelle größere Mengen Petroleum verbrannt waren. Daraus erklärt sich auch die Heftigkeit des Brandes und seine rasende Ausbreitung. Von der Kriminalpolizei konnte noch gestern abend festgestellt werden, daß sich in dem Bodenschutt ein regelrechtes Petroleumlager befunden hat. Wer der Besitzer ist und zu welchem Zweck die sehr feuergefährliche Flüssigkeit in so großen Mengen auf dem Boden gelagert hat, muß noch festgestellt werden.

Attentat auf den Gotthard-Expreszug.

Lokomotive die Böschung herabgestürzt.

Rom, 14. Juli.

In der Nacht vom Sonntag auf Montag sind aus bisher unbekanntem Grund kurz vor der Station Camnago, 30 Kilometer nördlich Rom, die Lokomotive und die Schlafwagen des Gotthard-Expreszuges entgleist, wobei sieben Personen verletzt wurden. Fünf Fahrgäste wurden mit leichten Verletzungen in das Krankenhaus von Camnago geschafft. Lokomotivführer und Heizer erlitten schwere Verletzungen.

Die Entgleisung erfolgte infolge Vordrängung der Schienen. Die Maschine lief noch etwa 100 Meter weiter über die Schwellen und stürzte dann die Böschung hinab auf die Straße, wobei sie den Zug zur Hälfte mitriß. Tender und Schlafwagen stürzten ebenfalls um, während zwei Personenwagen zwischen Gleis und Böschung stehen blieben. Die unversehrt gebliebenen Reisenden machten sich mit Hilfe des Zugpersonals an die Rettung der Eingeschlossenen. Auch die Passagiere des Schlafwagens kamen mit leichten Verletzungen davon. Sie wurden halbbescheidet aus den Fenstern gehoben. Die Reisenden konnten mit einem Hilfszug die Reise nach Como fortsetzen.

Einer Spätmeldung der Europa-Press zufolge soll die Entgleisung des Gotthard-Schnellzuges auf ein Attentat zurückzuführen sein. Die Untersuchung hat ergeben, daß vor der Durchfahrt des Schnellzuges zahlreiche Schienenbohlen gelockert und die Schienen von den Schwellen gelöst worden waren. Die Behörden beobachten über die weiteren Untersuchungsergebnisse strengstes Stillschweigen und auch den Zeitungen ist vorläufig eine Wiedergabe des Untersuchungsergebnisses untersagt worden.

Nur Geldstrafe für Stinnes?

Mildere Anträge als in der ersten Instanz.

Im Stinnes-Prozess stellte Oberstaatsanwalt Dr. Sturm heute normittag die Strafanträge, die wesentlich milder als in der ersten Instanz waren.

Gegen den Angeklagten Hugo Stinnes, der bekanntlich in der ersten Instanz freigesprochen worden war, beantragte er unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils eine Geldstrafe von 100 000 Mark an Stelle einer an sich verwirklichten Gefängnisstrafe von zwei Monaten. (In der ersten Instanz hatte der Antrag auf neun Monate Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe gelaute.) 2000 M. sollen als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten. Gegen den Angeklagten von Balbow beantragte er Verwerfung der Berufung, also die Rechtskräftigkeit des ersten Urteils, das auf vier Monate Gefängnis lautete. Gegen den Angeklagten Rothmann beantragte der Oberstaatsanwalt eine Geldstrafe von 10 000 Mark an Stelle von zwei Monaten Gefängnis, wovon 2000 M. als verbüßt erachtet werden sollen, und gegen den Angeklagten Leo Hirsch eine Geldstrafe von 8000 Mark an Stelle von zwei Monaten Gefängnis, wovon 1000 M. wegen der Untersuchungshaft erlassen werden sollen.

Diese auf Geldstrafe lautenden Strafanträge stellte Oberstaatsanwalt Sturm, wie er einleitend bemerkte, für den Fall, daß das Gericht zu der Annahme komme, daß Stinnes von vornherein bösgläubig gewesen sei. Anderenfalls müsse es bei dem in der ersten Instanz gestellten Antrag verbleiben.

Die Ministerien haben das Wort.

Entscheidung über die Berliner Steuern erst Ende der Woche.

Die Festsetzung der Steuern zur Deckung des Berliner Etats durch das Oberpräsidium dürfte frühestens Ende dieser Woche erfolgen.

Zuf Grund der Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes, das das Oberpräsidium zur Festsetzung der von der Stadtoberordnungsversammlung abgelehnten Steuern ermächtigt, müssen nämlich die zuständigen preussischen Ministerien gehört werden. Mit dem Innenministerium haben bereits seitens des Oberpräsidenten eine Reihe von Besprechungen und Konferenzen stattgefunden. Daneben werden aber auch wegen der finanziellen Auswirkungen des preussischen Finanzministeriums und wegen der zu erwartenden Steuerbelastung der Wirtschaft das preussische Handelsministerium gehört werden. Bei den Besprechungen, die zwischen dem Oberpräsidenten und dem preussischen Innenminister wegen des Berliner Etats stattgefunden haben, handelt es sich also um eine im Kommunalabgabengesetz vorgeschriebene Maßnahme und nicht um einen Sonderfall.

Erziehung zur Völkerversöhnung

Deutsch-französische und deutsch-englische Ferienschulen

Vor kurzem hat der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vor etwa 100 Personen seine Gedanken über Ferienschulen, internationalen Schüler- und Lehreraustausch, pädagogische Zusammenarbeit unter den Nationen vorgetragen und für diese Bestrebungen den Ausdruck „konationale Erziehung“ geprägt.

Der Kampf um die Jugend wird heute von allen geistigen Bewegungen geführt, die in die Zukunft wirken wollen — mit Recht also auch von der Bewegung, die auf Völkerversöhnung abzielt. Denn wenn programmatisch auch nur von gegenseitigem Kennenlernen die Rede ist, so steht doch die bestimmte Erwartung dahinter, daß das Kennenlernen zu gegenseitigem Verständnis und das Verständnis zur Versöhnung führen wird. Der Artikel 148 der Reichsverfassung verlangt von allen Schulen den Geist der Völkerversöhnung. Es ist gut, daß statt allgemeiner Besinnungsvorlesungen jetzt von amtlicher Stelle konkrete Einzelmaßnahmen ergriffen und gefördert werden, nachdem dies bisher privater Initiative überlassen war. Dr. Ernst Schwarz, der als Anreger auf diesem Gebiete große Verdienste hat, ist Verwalter der neugegründeten Auslandsstelle bei den Schulen Berlins und organisiert, unter eifriger Förderung von Stadtschulrat Rydahl und Oberschulrat Heyn, internationalen Lehrer- und Schüleraustausch und Ferienschulen. Zahlreiche Pläne stehen vor der unmittelbaren Verwirklichung. Zehn „konationale“ Ferienschulen werden Mitte Juli d. J. ihre Tätigkeit eröffnen: fünf in Deutschland, vier in Frankreich, eine in England. In jeder Schule werden je 20 deutsche Schüler mit 20 französischen (bzw. englischen) Schülern, unter Leitung von je drei Lehrern von jeder Nation, internatsmäßig zusammenleben und mit- und voneinander lernen. Täglich werden zwei Stunden Sprachunterricht (die deutschen Schüler bei einem französischen, bzw. englischen Lehrer und umgekehrt), sowie eine Russ- und eine Turnstunde (diese gemeinsam) erteilt werden; Beschäftigungen und Ausflüge werden die freie Zeit ausfüllen. Fünf Wochen wird dieses Zusammenleben dauern, eine sechste Woche wird dazu dienen, die ausländischen Gäste mit der betreffenden Landeshauptstadt bekannt zu machen.

Die französische Regierung bringt der Bewegung großes Interesse entgegen. Mit ihr gemeinsam hat die Stadt Berlin bereits im vorigen Jahre in einer deutschen und zwei französischen Städten derartige Ferienschulen eingerichtet; sie haben sich ausgezeichnet bewährt. In diesem Jahre wird die Stadt Berlin ihre französischen Gäste in den Jugendheimen Stiege (Hartz), Gernode und Burg Daber bei Wittstock unterbringen, während die Berliner Schüler nach Sens, Charleville und Troyes gehen werden, wo sie in Schulinternaten beherbergt werden. In Burg Daber bei Wittstock, sowie in Troyes werden es statt Schüler Schülerinnen sein, die in dieser Weise zum ersten Male ins Ausland gehen. Zu diesen sechs deutsch-französischen Ferienschulen, die für Berliner Schüler und Schülerinnen bestimmt sind, kommen noch zwei hinzu, die von der gleichen Berliner Stelle organisiert sind — jedoch zu Kosten und Nutzen der Stadt Frankfurt a. D. Diese werden in Saint Paul bei Arras einerseits, und in Bagow i. d. Mark andererseits ihren Sitz haben. Als neue Errungenschaft dieses Jahres, die Zehntel der Ferienschulen füllend, schließen sich noch zwei deutsch-englische an, die von den Städten Berlin und Sheffield ausgehen. Die 20 jungen Sheffielder werden nach Birkenwerder kommen, wo bereits im vorigen Jahre eine Ferienschule war, während die Berliner nach Sheffield gehen werden.

Bei der umsichtigen und allseitigen Vorbereitung von langer Hand darf man auf ein gutes Gelingen dieser zukunftsreichen Veranstaltungen rechnen.

Bluttat eines Lehrers.

Vollkornbrot mit Pistole, Büchse und Totschläger.

In dem ostpreussischen Dörfchen Taulensee, im Kreis Ostecode, hat sich, hervorgerufen durch die wilde Jügellosigkeit eines Lehrers, eine Bluttat ereignet, die leider ein Menschenleben zum Opfer gestiftet hat. Merkwürdigerweise hat man den Verbrecher auf freiem Fuß gelassen.

Nachts um 11 Uhr versuchte der Lehrer Oswald Jorczyk in betrunkenem Zustand in ein Gasthaus einzudringen. Der Wirt verweigerte dem Lehrer den Zutritt. Ein Anstößer namens Wilhelm Luda stand dem Wirt bei. Nachdem die beiden dem Jorczyk eine Pistole entzogen und einen Totschläger abgenommen hatten, ließ Jorczyk in sein dem Gasthaus gegenüberliegendes Haus und eröffnete von hier ein regelrechtes Feuer aus einer kleinkalibrigen Büchse auf das Gasthaus, wobei Luda in die Stirn getroffen zu Boden sank. Döglisch Jorczyk zugerufen wurde, er habe den Luda erschossen, schob er weiter und gab etwa 40 Schuß auf das Gasthaus ab. Man schaltete den Schwereverletzten in das Kreiskrankenhaus, wo er jedoch am nächsten Morgen gestorben ist. Jorczyk befindet sich auf freiem Fuß, da Fluchtverdacht nicht vorliegt.

Wie kommt eigentlich ein solcher Landstroläher zu einer derart schweren Bewohnung: Pistole, Büchse und Totschläger? Und wie ist es möglich, daß man einen solchen Menschen auf freiem Fuß läßt? Wenn ein armer Teufel von Landarbeiter seinen „gnädigen Herrn“ nur schief ansieht, ist der Landjäger sofort zur Stelle. Der Hölle erblicke vollkommenen Klarstellung. Trunkenheit darf hier, wo ein Menschenleben vernichtet worden ist, nicht als Entschuldigung gelten.

Explosion eines Hochofens.

Niemand verletzt, aber 400 Mann sollen arbeitslos werden.

Am Sonnabend explodierte in der Zulpold-Hütte bei Amberg in Bayern mit donnerähnlichem Krachen ein Hochofen. Wie durch ein Wunder wurde niemand verletzt. Die Erschütterung war so stark, daß die Bevölkerung zunächst an ein Erdbeben glaubte, worüber auch die Presse berichtet hatte. Die Reparatur des Hochofens bedingt eine vorübergehende Stilllegung der Abteilungen Erzbergbau, Hochofen und Röhrengießerei, wodurch etwa 40 Prozent der 1000 Mann starken Belegschaft dieser Abteilungen arbeitslos werden.

Schwere Bergungsarbeit in Hausdorf.

Nur drei Tote geborgen. — Grube von Wasser bedroht.

Hausdorf, 14. Juli.

Den Bergungsarbeiten an Kurl-Schacht stellen sich jetzt dadurch noch neue Schwierigkeiten entgegen, daß durch den Kohlenstaubberg seit mehreren Stunden unaufhörlich Wasser dringt. Unter diesen Umständen sind die Arbeiten mit größter Gefahr für jeden Teilnehmer der Bergungsaktion verbunden. In den letzten 43 Stunden gelang es, nur noch drei Tote zu bergen. Einen weiteren hofft man im Laufe des Monats freisetzen zu können, während vier weitere noch gefischt wurden. Es steht aber nicht fest, ob es möglich sein wird, sie noch in der kommenden Nacht herauszuholen. Die Zahl der noch nicht Geborgenen wird auf 44 angegeben. Die am Vormittag in den Kurl-Schacht eingefahrene Kommission, die sich über den Verlauf der Rettungsarbeiten unterrichten wollte, hielt am Nachmittag eine Sitzung ab, in der sich volle Uebereinstimmung zwischen Verwaltung, Bergbehörden und Betriebsrat bezüglich der Bergungsarbeiten ergab.

Neues Beweismaterial gegen Kürten.

Der Unmensch schwer belastet.

Die Justizpressestelle Düsseldorf teilt zur Strafsache Kürten mit: Die von der Kriminalpolizei durchgeführten Ermittlungen sind in hervorragendem Maße der Aufklärung dienlich gewesen und haben Kürten schwer belastet. Eine Abschwächung dieses Tatverdachts ist im Laufe der gerichtlichen Voruntersuchung nicht eingetreten. Umgekehrt haben vielmehr die weiteren Ausfahrungen des Angeklagten und die Ermittlungen zweier Beweisstaftachen diesen Tatverdacht noch verstärkt. Von einer

Störung im planmäßigen Verlaufe der Voruntersuchung kann keine Rede sein. Die darüber in der Presse verbreiteten nichtamtlichen Nachrichten sind unzutreffend.

Absturz eines Sportflugzeuges.

Ein Sportflugzeug der akademischen Fliegergruppe Dresden, das auf dem Rückflug von Braunschweig nach Dresden in Höhe an der Saale eine Zwischenlandung vorgenommen hatte, verunglückte am Nachmittag über Schkopau in der Nähe von Werseburg. Die Maschine stürzte plötzlich aus etwa 70 Meter Höhe ab und wurde völlig zertrümmert. Der Pilot von Fiedler war sofort tot, der Fluggast Krüger aus Dresden wurde schwer verletzt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladung für diese Rubrik sind Reis an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 1. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

2. Kreis Tiergarten. Abt. 1. Kreismitgliederversammlung, Mittwoch, 16. Juli, findet wie bekannt die Demonstration gegen den Reichstagswahlgesetz am 18. Juli, 19 Uhr, im Rahmen der Reichstagswahlgesetz Demonstrationen. Die Abteilungsleiter werden gebeten, zehn Genossen als Ordner mit Brille bereitzustellen.

heute, Dienstag, 15. Juli.

3. WM. Die Abteilungsleiterversammlung für im Juli aus.

Morgen, Mittwoch, 16. Juli.

4. Abt. Alle Mitglieder treffen sich zur Demonstration des 2. Kreises um 17 1/2 Uhr bei Dübner, Wilmersdorfer Str. 14, Transparente und Fahnen mitbringen.

22. WM. 19 1/2 Uhr Zusammenkunft junger Parteimitglieder bei Grünwald, Sommerstr. 19.

23. Abt. Schwerebüchse. 19 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Jugendheim Lindenstr. 4, v. l. Mithras Lagerung. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

24. Abt. Steglitz. Die Julimitgliederversammlung fällt aus.

100. Abt. Köpenick. Alle Eltern, deren Kinder in der Kinderfreundeabteilung sind, kommen am 19. Juli um 19 Uhr im Jugendheim, Döhlwitzer Str. 15, Tagesordnung: Vortrag: „Weg und Ziel der Kinderfreundeabteilung“. Die Teilnehmer sind gebeten, einen Elternvereins der Ortsgruppe Köpenick. Erhalten aller Eltern dringend erforderlich. Gelder werden um Mitarbeit gebeten. Meldungen dort.

100. WM. Friedrichshagen. Pünktlich 20 Uhr im Stadtheater, Friedrichstr. 6, am Hauptplatz, Mitgliederversammlung. Aussprache über die neuesten politischen Ereignisse. Bericht.

Frauenveranstaltungen.

6. Kreis Kreuzberg. Donnerstag, 17. Juli, 19 Uhr, bei Krüger, Grimmschule 1, Frauenvereinsversammlung mit wichtiger Tagesordnung.

124. Abt. Waidmannslust. Heute, Dienstag, 16. Juli, Ausflug nach Verderbucht. Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof. Ede Preislochkarte. Nachmittags Restaurant Gonsdorf. Wir fahren mit der Linie 83.

Jungsozialisten.

Verbehalten Witten. Heute, Dienstag, 20 Uhr, findet im Wilmersdorf, Wilmersdorfer Str. 123-124 (Jugendheim), die Verbehaltenmitgliederversammlung statt. Wichtige Tagesordnung. Jede Erwähnung und jeder Vorschlag muß unbedingt kommen. Die Gruppenleiter kommen schon um 19 1/2 Uhr zu einer Besprechung zusammen.

Kempthof-Waidmannslust. Dienstag, 18. Juli, Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft mit Gonsdorf Waidmannslust. Lucie Richter spricht über: „Arbeitsgemeinschaft in der Arbeit“.

Gruppe Wilmersdorf. Heute, pünktlich 20 Uhr, im Jugendheim Wilmersdorf, Wilmersdorfer Str. 123-124. Wir betreiben uns geschlossen an der bei uns stattfindenden Verbehaltenmitgliederveranstaltung.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Zentrale. Heute, 20 Uhr, Zusammenkunft der Leiter der Zentrale, Köpenick (Ortsgruppe). Am Mittwoch, dem 16. Juli, 19 Uhr, kommen alle Eltern im Jugendheim, Döhlwitzer Str. 15, zusammen, Tagesordnung: 1. Referat: „Weg und Ziel der Kinderfreundeabteilung“. 2. Diskussion. 3. Bildung eines Elternvereins. Gelder werden dringend gebeten. Meldungen dort.

Geburtstage, Jubiläen usw.

2. Abt. Anseher lieben alle Genossen Berl. West, zu ihrem 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

31. Abt. Anseher lieben alle Genossen Berl. West, zu ihrem 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

34. Abt. Anseher lieben alle Genossen Berl. West, zu ihrem 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

61. Abt. Köpenick. Unsere liebe Genossin Marie Kallum, Metzstr. 64, ist an einer Operation verstorben. Ihre letzten Wünsche: Die Beerdigung erfolgt am Dienstag, dem 15. Juli, 17 Uhr, im Krematorium Döhlwitzer Weg. Freie Beerdigung erwünscht.

101. Abt. und 102. Abt. Treptow-Steinfort. Am 11. Juli verstarb bei allen bekannten Genossen, unter Parteimitgliedern und Parteiführern unter dem Sozialdemokraten, Wilhelm Braun, nach längerem Krankenlager im 65. Lebensjahre. Er hinterließ eine Frau, Trauerbegleitung erfolgt wie folgt: Die Genossinnen und Genossen von Treptow und Steinfort werden um Unterstützung gebeten und jeder Vorschlag ist willkommen. Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 17. Juli, 17 1/2 Uhr, vor dem Rathaus Treptow, Neue Angerstr. 66, Verbehalten statt. Die Beerdigung des Verstorbenen tritt um 18 Uhr im Warten ein und wird durch den Trauerzug mit Musik bis zum Krematorium in Döhlwitzer Weg begleitet, wo um 19 Uhr die Trauerfeier stattfindet. Alle Genossinnen und Genossen werden um rege Beteiligung ersucht.

Beratung der Osthilfe.

Gewichtverlauf ins Weizengeseh eingefügt. — Gesetze über den Reichswirtschaftsrat gefallen.

Der Reichstag verwarf am Montagmorgen nach debattierter Erledigung kleinerer Vorlagen das Baufreiliegeseh 1930 an den Ausschuss und beriet darauf das Osthilfegeeseh.

Abg. Stellung (Soz.):

Die Not der Ostgebiete ist mit verursacht durch die allgemeine Not Deutschlands; die Grenzziehung und der jahrelange Wirtschaftskrieg mit Polen haben diese Not furchtbar verschärft. Im Osten leidet die gesamte Wirtschaft, und ihr, nicht einer bestimmten Produzentengruppe, muß geholfen werden. Das jetzige Osthilfegeeseh nimmt fast nur auf die Not der Landwirtschaft Rücksicht, die in ganz Deutschland besteht. Unter den Folgen der Grenzziehung und des Weltkrieges leiden auch Industrie, Handel, Gewerbe und besonders die Arbeiterschaft.

Wir haben wiederholt bewiesen, daß wir wirklicher Agrarnot abhelfen wollen.

Das Schielen mit beiden Augen nach dem Großgrundbesitz ist nicht die richtige Hilfe für die Landwirtschaft. Die Regelung der Umschuldung und der anderen finanziellen Hilfsmahnahmen, die Hände, in die die Ausführung der Hilfsmahnahmen gelegt ist, stößen uns großes Mißtrauen ein, wie diese Regierung und Herr Schiele überhaupt. Gesetze für den Eisenbahnbau in Ostdeutschland und andere Verkehrsverbesserungen sind in Aussicht gestellt worden, aber ihre Durchführung ist von einer Besserung der Finanzlage abhängig gemacht. Das ist ein sehr fauler Wechsel. (Sehr richtig! bei den Soz.) Im Ausschuss sind einige Verbesserungen durch Annahme unserer Anträge durchgeführt worden, besonders durch die Erhöhung des Betrages „für sonstige wirtschaftliche Zwecke“ von 3,8 Millionen auf 50 Millionen. Das war das Mindeste, um den Eindruck zu vermeiden, daß man eine einseitige Hilfsaktion nur für die Landwirtschaft plant. Im Ostprogramm stehen 800 Millionen für die Landwirtschaft 180 Millionen für Bahnbauten und einem noch kleineren Betrage für Handel und Gewerbe gegenüber. Diese letzteren Summen sind noch dazu sehr problematisch.

Ein Entwurf, der noch von der Müller-Regierung ausgearbeitet wurde und den Seering vertreten sollte, beabsichtigte 350 Millionen auszuwerfen, davon 50 Millionen für Kultur-, Hygiene- und Wohlfahrtszwecke, 80 Millionen für Chausseen, Wasserstraßenbauten und andere Verkehrsverbesserungen, 18,5 Millionen für Gewerbeverbesserung, Gefestigungsanlagen, insgesamt 178 Millionen Mark, den Rest für die Landwirtschaft. Außerdem waren 5 Millionen für die Fruchtensentung, 70 Millionen für die Basenentung vorgesehen. Dieses Programm trug den wirklichen Bedürfnissen des deutschen Ostens Rechnung und brachte vor allem für die Arbeiterschaft wichtige Hilfsmahnahmen. Mein Freund Macho hat bereits hervorgehoben, daß die Oder monatlang nicht schiffbar ist. Dieser Zustand ist auf die Dauer untragbar. Unterhalb Breslaus bis zur Mündung liegen augenblicklich 1800 Räder fest. Das zerstreut völlig die Verkehrsverbindung mit der schlesischen Wirtschaft.

Mittel für den Ausbau der Oder als Großschiffahrtsweg sind in das jetzige Ostprogramm nicht eingestellt.

Das im Bau befindliche Staubecken von Ottmachow ist unzureichend. Auch das obereschlesische Steinkohlenterritor braucht eine Schiffahrtsverbindung mit der Oder, denn nach der Fertigstellung des Mittelkanals wird die obereschlesische Kohle in Norddeutschland völlig konkurrenzunfähig sein, wo sie jetzt schon durch die polnische Kohle, die billigere Frachten und Löhne hat, verdrängt wird. Es wäre ein Jammer, wenn ein solches Gebiet, das die schwere Arbeitslosigkeit mitgemacht hat, dem Ruin ausgeliefert würde. Die Arbeitslosigkeit ist dort furchtbar steigend, 19,6 Proz. der Belegschaften sind entlassen, die Betriebsstätten sind erschreckend häufig.

Es bestehen schwere Verkehrshindernisse. In Neulatz a. d. Oder muß die alte Holzbrücke, die die Schiffahrt hindert, durch eine neue ersetzt werden; die Stadt kann die Kosten dafür nicht aufbringen. In Marienburg muß der Hafen erweitert werden, in Laßitz der Umschlagshafen ausgebaut werden. Der Hafen in Elbing muß verbessert werden. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn wir in nächster Zeit vom finanziellen Erliegen vieler Städte im deutschen Osten hören, z. B. Ratibor, Neustadt i. Oberschl., usw. Den Interessen der Industriearbeiter ist bisher überhaupt nicht Rechnung getragen worden. Massen polnischer Arbeiter werden in der Industrie und der Landwirtschaft beschäftigt, auch auf den staatlichen Hütten- und Bergwerken. Man soll diese Leute nicht mit Gewalt um Lohn und Brot bringen, aber ein gewisser Druck auf die deutschen Wirtschaftsleiter zur Vinderung der deutschen Arbeitslosigkeit ist notwendig.

Die Leute, die sich gern national nennen, vergessen gerne, daß es die Arbeiter waren, die Oberschlesien vor der polnischen Annexion gerettet haben;

diese Leute wollen auch in Oberschlesien Lohnkürzungen und Entlassungen vornehmen. In Seidenberg, Kr. Glatz, war die Glasfabrik in Zahlungsschwierigkeiten und schadet heute ihren 400 Arbeitern noch 100 000 Mark Lohn. Das ist der Beweis, daß die Arbeiter am schwersten an der Wirtschaftskrise zu tragen haben, weil ihnen alle Opfer für die Erhaltung der Betriebe zugemutet werden. Es gibt Orte in den Grenzstellen, die an Bahnhöfen liegen, die durch die neue Grenzziehung zerschnitten wurden, so Kamtsau und Tirschtiegel mit einer früher regen Industrie, die fast völlig stillgelegt ist, weil kein Abfahrgelände zu erreichen ist. Das industrielle Kapital verläßt aus Furcht vor Unrentabilität die Ostgebiete. Die Grenzaussäßen verfallen. Die schlesische Arbeitslosigkeit steigt seit Jahren über dem Reichsdurchschnitt, im März 1930 schon um 33 Proz. Wir haben

1930 57 000 Arbeitslose in Schlesien, 32 000 mehr als im Vorjahr.

Wer sich so energisch für die Kopfsteuer einsetzt, sollte sich fragen, ob Gemeinden mit riesigen Wohlfahrtsausgaben überhaupt Verschwendung treiben können. Die Bergarbeiter sind nicht in die Reisensfürsorge einbezogen worden. Die Folge ist für die Stadt Hindenburg i. Oberschl., daß 3500 Arbeiter von der städtischen Wohlfahrt erhalten werden müssen, eine wöchentliche Ausgabe von 175 000 Mark, die die Stadt nicht tragen kann. In Rauscha bei Görlitz sind alle fünf Glasfabriken mit 1200 Arbeitern seit über einem Jahr stillgelegt. (Hört, hört!)

Der Redner schildert nun die Not des deutschen Schulwesens im Osten, den Mangel an Klassenzimmern und Lehrkräften, wodurch die Kinder in manchen Orten gezwungen sind, bei jedem Wetter im Freien zu warten, bis der Lehrer einen Teil der Schüler nach Hause schickt, um die anderen zu unterrichten.

Große Gemelnden erlangen noch der Kanalisation, und es fehlt das Geld dafür. Die hygienischen Einrichtungen sind unzureichend, dabei ist die Seuchengefahr so nahe der Grenze größer als sonstwo.

Die Säuglingssterblichkeit in Oberschlesien beträgt 13,5 Proz. gegen 8,4 Proz. im übrigen Preußen, die Tuberkulosesterblichkeit 12,16 gegen 10,3. (Hört, hört! bei den Soz.) Furchtbar ist die Wohnungsnot z. B. in Gleiwitz. Das Elend in Waldenburg-Neurode ist bekannt genug; wenn doch das furchtbare Unglück dazu beitragen würde, den Bergarbeitern dort endlich eine gründliche Besserung zu schaffen. Die Böhne in Schlesien stehen unter denen im Gesamtstaat. Für Jugend- und Gesundheitspflege ist längst nicht soviel aufgemerkt worden wie im Westen. Der dafür vorgeschriebene Betrag von 8,8 Millionen muß wesentlich erhöht werden. Denken Sie doch auch an die nationalpolitischen Momente an der blutenden Grenze unserer Republik, und helfen Sie, Zustände zu schaffen, die ein gesundes, lebensfrohes Volk heranwachsen lassen. Zeigen Sie durch Taten, daß Sie für die Volkstreu Verständnis haben, das wird weit besser sein, als wenn Sie (nach rechts) die Grenzbevölkerung zu einem Ritt gen Osten auffordern! (Leb, Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Kleiner (Dnt.) fordert die in Preußen regierende Sozialdemokratie auf, dem Elend an der Ostgrenze abzuhelfen und spricht dann von schlesisch-polnischen Eroberungs- und Teilungsplänen gegen Schlesien. Der deutsch-polnische Handelsvertrag wird die Entlassung von 20 000 Bergarbeitern notwendig machen, daher stimmen Sie (zu den Soz.) doch dagegen! Polen fördert seinen Export durch Prämien von 160 Millionen Zloty, davon 116 Millionen für Kohle, wir aber tun fast nichts.

Abg. Dr. Perstius (Z.) hebt die Bedeutung des preussischen Siedlungswertes im Osten hervor und führt die schlechte Wirtschaftslage Schlesiens auch auf seine Einkürzung durch den polnischen Korridor und das Entstehen des Tschschenlandes zurück, während die frühere österreichische Grenze kein Hindernis für die Entfaltung der schlesischen Industrie gewesen sei.

Abg. Mertins (Soz.)

Daß unschuldig in Not geratenen Landestellen von der Allgemeinheit geholfen werden muß, ist selbstverständlich. Für den Osten ist das aber schon seit Jahren geschehen, und hauptsächlich unter Mitwirkung von Sozialdemokraten in der Regierung.

Von 250 Millionen, die dem Osten schon zugesprochen sind, wurden 240 Millionen unter der Regierung Müller bewilligt. (Hört, hört! bei den Soz.) Preußen mit seiner sozialdemokratischen Regierungsbefehligung hat insgesamt 1 050 000 000 Mark für den Osten aufgewandt.

Daß Abg. Hertz angeht, dieser 1,3 Milliarden von Vermögenslosigkeit des Ostens spricht, ist unverständlich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Staatsraison, von der Minister Schiele sprach, erfordert auch strengste Kontrolle über Verwendung der Mittel, die in den nächsten Jahren dem Osten zufließen soll. Wir begrüßen, daß die Siedlungsaktion im Vordergrund des Ostprogramms steht. Die Siedler müssen aber auch in den Jahren nach ihrer Anweisung weitgehend durch Rat und materielle Hilfe gefördert werden. Die Anliegergebiete sind die wirtschaftlichste Form der Siedlung; es ist erfreulich, daß in § 6 des Gesetzes besondere Bestimmungen für die Ansiedlung verdrängter Landarbeiter enthalten sind. Die bisherigen Bestimmungen darüber waren unzureichend, denn nur 4,5 Proz. aller Siedler waren bisher Arbeiter. (Hört, hört! bei den Soz.)

Von der Arbeitslosenunterstützung der meistens langjährig arbeitslosen Landarbeiter könnte tausenden eine Heimstätte geschaffen werden.

Die Umschuldung, Betriebsicherung usw. betrachten wir mit größtem Mißtrauen wegen der Formen der Ermächtigung, die der Regierung gegeben werden soll. Wir warnen vor der Verallgemeinerung der Not der Landwirtschaft. Nur jeder 600 Kleinbetrieb, aber schon jeder 60. Großbetrieb wird als notleidend in der Statistik geführt. 16 621 Hektar Großgrundbesitz gegen nur 1201 Hektar Kleinbesitz wurden im letzten Jahr in Ostpreußen versteigert. Ein großer Teil der größeren Güter wurde nicht wegen wirtschaftlicher Not, sondern aus Erbschaftsspekulation versteigert. (Hört, hört! bei den Soz.) Nach Untersuchungen von Dr. Best gehen die Unterschiede im Hektarertrag auf gleichen Böden bis zu 240 Mark pro Hektar. (Hört, hört! bei den Soz.) Herr Best bemerkt recht vorsichtig dazu, daß es in der Landwirtschaft weitgehend auf die Tüchtigkeit des Landbesizers ankomme.

Die Not des Ostens ist Grenzlandnot und nicht landwirtschaftliche Not. Sie ist zu ernst, als daß man sie mit Mitteln der Vereinsmeierei und des Lokalpatriotismus beseitigen könnte. Die Frachtmehrbelastung Ostpreußens durch die Grenze macht allein jährlich 90 Millionen aus. Die Einkommensverhältnisse im Osten stellen das Minimum unter dem deutschen Reichsdurchschnitt dar; Berlin liegt mit 160 Punkten über dem Durchschnitt, Königsberg 68 Punkte darunter. (Hört, hört! bei den Soz.) Landarbeiterfamilien erhalten für vier Arbeitsträfte knapp 2500 Mark im Jahre.

Funkwinkel.

Am Sonntag sagte der Berliner Rundfunk seine heiteren Veranstaltungen ab. Man widmete dem Tag dem Gedanken an die toten Arbeitskämpfer, die man in Neurode zu Grabe trug. Ernste Vorträge blieben im Programm, so die wertvolle Schilderung „Dichter der Potsdamer Straße“ von Alfred Mühl. Ostarr Koerke las eigene Gedichte, Bruno Früh gut ausgewählte ernste Prosa. Am Montag brachte ein Kammerorchester mit Prof. Gustav Hasemann als Solisten ein sehr schönes Abendkonzert. Vorher las Hans Sothaczewer „Die Erzählung der Boche“, Bericht vom dem Ausklang eines armen Großstadtlebens; aber erst für die Schilderung der tragischen Lösung schwang die Darstellung zu eindringlicher Schlichtheit auf. In der Jugendstunde erzählte Kar Barthel in bildhafter Schlichtheit von „Erlebnissen bei den tschechischen Bildhauern“. Er fuhr mit ihnen hinaus auf die Wolga; er sah ihre Frauen und Mädchen den Jong marktfertig machen; er sah mit den Männern im Jell, kaufte ihrem Gesang, sah ihre seltsamen Tänze. Er lernte ihre bildungseifrige Jugend kennen, die erstreckt sein Bescheiden nahm eine deutsch-russische Grammatik. Der Zeichner Prof. Rudolf Großmann schilderte „Menschen, die mir begegneten“. Der jugendlich begeisterte Kunsthistoriker Meier-Gräbe, der unter der tragischen Komik des Lebens immerzu selbst leidende Simplicitätszeichner Th. Heine, Männer und Frauen rund um die Bühne — Reinhardt und Köpfer, die Doris und Elisabeth Berant —, wurden durch einige klare Sätze oft überraschend deutlich sichtbar gemacht.

Diese Lohnverhältnisse sind unerhört, aber es gibt trotzdem noch Landwirte, die eine Tarifverschlechterung durchsetzen wollen! 40 Sägewerke an der Memel in Ostpreußen liegen still, der masurische Kanal ist unvollendet und erfordert jährlich 120 000 Mark unträge Erhaltungsausgaben. Kulturelle und soziale Ausgaben sind ebenso wichtig wie die Umschuldung. Wir verlangen wenigstens, daß die Umschuldungskredite nicht wieder verloren gehen können. Von den bisher gegebenen 70 Millionen Mark Umschuldungskrediten sind 25 Millionen bereits verloren. (Hört, hört! bei den Soz.)

Herr von Auer, Goldschmied in Ostpreußen, ließ sein Gut umschulden und dann in der Zwangsversteigerung von seiner Frau kaufen, ein anderer Großagrariar verwarf seinen siebenjährigen Sohn zu diesem Mandat.

(Hört, hört! bei den Soz.) Wir verlangen die Verteilung der Kredite auf die verschiedenen Größenklassen nach dem Anteil der wirtschaftlichen Fläche. Wir lehnen die Mitwirkung von Gläubigern und Schuldnern bei der Umschuldung ab. Gegen die Methoden der Betriebsicherung haben wir die schwersten Bedenken. Wir beantragen die Abweisung einer Summe von 15 Millionen aus den Betriebsicherungsmitteln für soziale und kulturelle Zwecke. Erst nach Annahme unserer Anträge kann dieser „Mit der Staatsraison“ vor dem Forum der Öffentlichkeit bestehen. (Leb, Beifall bei den Soz.)

Abg. v. Rheinbaben (D. Sp.) befürchtet von einer Einschaltung des Reichstags oder des Reichsrats in die Ausführung des Osthilfegeesehs eine Verzögerung, die keinesfalls erträglich wäre, und hält dem deutsch-nationalen Redner entgegen, daß man nicht zugleich Ablehnung des Handelsvertrags mit Polen und gewaltige Subventionen für den Osten fordern könne!

Abg. Hörne (Komm.) bespricht die Not der Arbeiterschaft im Osten, die schon seit der sogenannten Bauernbefreiung vor 120 Jahren zurückgefallen und benachteiligt werde, um den Dunkeln zu nützen. Mit der Siedlung fessele man die Landarbeiter an die Scholle und mache sie zu Lohnbrüdern.

Es folgen die am Sonnabend zurückgestellten

Abstimmungen.

Das Hypothekenauswertungsgeeseh wird unter Ablehnung deutsch-nationaler Anträge verabschiedet. Dazu eine Entschließung gegen Erhöhung der gesetzlichen Miete.

Für die beiden Gesetze über den Reichswirtschaftsrat stimmen in der Schlussabstimmung 228 Abgeordnete der Regierungsparteien und der Sozialdemokratie, dagegen 168 Abgeordnete der Rechten und der Kommunisten, zwei enthalten sich. Da somit die wegen des verfassungsändernden Charakters dieser Gesetze erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht gegeben ist, verläßt der Präsident ihre Ablehnung. (Leb, Bewegung.)

Beim Geeseh über die Weizenvermehrung wird der sozialdemokratische Antrag auf Einführung der Vorschrift auf Gewichtverlauf (die beim Roggenzeseh mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden ist), mit 200 Stimmen der Linken gegen 100 Stimmen der Rechten und eines Teils der Mitte bei acht Enthaltungen angenommen. In der darauffolgenden Schlussabstimmung stimmen die Sozialdemokraten gegen das Vermehrungszwangsgeseh, das im Himmelsprung jedoch mit 208 Stimmen der Regierungsparteien und der Rechten gegen 146 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten bei einer Enthaltung verabschiedet wird.

Nach Genehmigung des Bauprogramms der Reichsbahn verläßt sich das Haus 20 Uhr auf heute 15 Uhr: Ausschussbericht über die Unterstützung der Opfer von Neurode, Weizengeseh, Deckungsvorlagen, Osthilfe.

Allgemeine Wetterlage.



Das wolfige und unbeständige Wetter hielt auch am Montag im größten Teil Deutschlands an. Meist in Mitteldeutschland heiterte sich am Vormittag der Himmel zeitweise auf. Nur an der Ostseeküste und in Süddeutschland blieb es trocken, sonst kam es meist zu einzelnen Regenfällen, in Mitteldeutschland stellenweise zu Gewittern. Die Temperaturen stiegen am Montag durchschnittlich etwas über 20 Grad Celsius. Ueber der Nordsee liegt zurzeit der Kern eines Tiefdruckgebietes. An seiner Südseite bringen wieder feuchte ozeanische Luftmassen nach Osten vor. Gleichzeitig fällt das Barometer über Mitteleuropa, so daß das Tief seinen Einfluß dort hin auszudehnen scheint. Daher müssen wir für die nächsten beiden Tage für unseren Bezirk mit unbeständigem Wetter mit einzelnen Regenfällen rechnen.

Wetterausichten für Berlin: Meist heiter bewölkt, mit einzelnen Regenfällen, Temperaturen im ganzen etwas niedriger, westliche Winde. — Für Deutschland: Ueberall unbeständiges Wetter mit einzelnen Regenfällen, stellenweise Gewitter.

Weiße Zähne: Chlorodont

Löhne und Preise.

Lohnsenkung als Mittel der Konjunkturpolitik nicht brauchbar.

Das Institut für Konjunkturforschung hat sich bemüht, zu der Frage, ob durch Preis- und Lohnpolitik im augenblicklichen Zeitpunkt erfolgreiche Konjunkturpolitik getrieben werden könne, Material beizutragen und in objektiver Weise Stellung zu nehmen. Das Institut kommt zu folgenden abschließenden Bemerkungen:

„Das Dilemma dieses Problems liegt darin, daß auf den ersten Blick jede Lohnpolitische Maßnahme, die nach einer Richtung hin getroffen wird, in ihrer konjunkturpolitischen Wirkung wegen der doppelten Funktion der Löhne (als Kosten- und als Kaufkraftbestandteil, D. R.) ins Gegenteil ausschlagen kann. Senkung der Löhne bedeutet — nach der Kostenseite hin — Erleichterung der Kosten, bietet somit die Möglichkeit, die Preise zu senken und würde dadurch den Absatz fördern, wenn nicht gleichzeitig durch eine Senkung der Löhne auch eine Schwächung des Binnenmarktes eintreten würde. Bei sinkenden Preisen würde ein Gleichbleiben der Löhne oder gar eine Lohnerhöhung andererseits den Binnenmarkt stärken, den Absatz der Konsumgüterindustrien anregen und so die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung stiften, wenn nicht gleichzeitig dadurch die Senkung der Preise gehemmt werden würde, die ebenfalls eine der Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung bildet. Wäre es möglich, diese stützenden Wirkungen quantitativ genau durchzurechnen, so könnte — in der volkswirtschaftlichen Konjunkturpolitischen Argumentation — das Für und Wider genau abgemessen werden. Solche Rechnungen sind jedoch kaum durchführbar. Diese Feststellung allein ist wichtig genug; denn sie zeigt, daß allgemein gültige Grundregeln hier nicht aufgestellt werden können, daß vielmehr von generellen Regelungen abgesehen werden können, die konjunkturpolitisch unter Umständen gerade das Gegenteil dessen bewirken, was beabsichtigt ist.“

Da gegenwärtig in erster Linie eine Lohnsenkung als konjunkturförderndes Mittel im Brennpunkt der Diskussion steht, wird man die (vorsichtige) Äußerung des Instituts dahin kennzeichnen können, daß es eine generelle Lohnsenkung als eine volkswirtschaftliche Fehlmaßnahme und nicht als ein Mittel zur Konjunkturförderung ansieht. Selbst das Konjunkturforschungsinstitut, das gewiß gerne bemüht wäre, der gegenwärtigen Regierung zu dienen, kann eine konjunkturfördernde Wirkung von Lohnsenkungen nicht bejahen. Es häuft sogar die Gründe bergehoch an, die dagegen sprechen, nur ohne scheinbar den subjektiven Mut auch zum Ausdruck eines klaren Reins zu finden. Was bedauerlich ist.

Aus dem Material ist mancherlei interessant, so u. a. eine Zusammenstellung der Lohnanteile bei einer Anzahl von Industrien. Leider gelten die Schätzungen meist für das Jahr 1925, die jüngsten für das Jahr 1928, so daß ein großer Teil der Lohnanteile senkenden Rationalisierungsorgänge noch nicht erfaßt ist. Dieser Lohnanteil beträgt: Steinkohlegewinnung 56 Proz. (1928), Steinkohlenkategorie 10 Proz. (1927), Braunkohlenförderung 36 Proz. (1928), Braunkohlenbriketts 15 Proz. (1927), Hochofenbetriebe 7, Flußstahlwerke 6, Walzwerke 13 Proz. (alles für 1928, ohne Gehälter und soziale Aufwendungen), Maschinenbau 25 bis 35 Proz., Elektrotechnik 35 bis 40 Proz., (beides nahe Schätzungen), Autoindustrie 20 Proz. (1927), chemische Industrie rund 10 Proz. (Schätzung), Textilindustrie im Durchschnitt zwischen 12 und 17 Proz. (1925), Lederindustrie 10 Proz. (1928), Schuhindustrie 20 Proz. (1928), Papierindustrie 25 bis 30 Proz. (1927/28), Papierverarbeitung und Veredelung 35 bis 40 Proz. (1927/28), Porzellanindustrie 45 bis 50 Proz. (1928), Glasindustrie 30 bis 35 Proz. (1927) und Uhrenindustrie 40 bis 45 Proz. (1928). Diese Aufstellung ist als Anhaltspunkt wertvoll und besonders für die Nachprüfung in der Praxis wichtig. Sie zeigt aber, daß auch

theoretisch jede Lohnsenkung sich niemals in entsprechender Höhe als Preisentkung auswirken könnte.

Eine zweite Aufstellung zeigt, wie sehr gerade der Abbau der Spitzeneinkommen bei Arbeitern und Angestellten die verarbeitende Industrie schädigen muß. Je höher nämlich das Einkommen ist, um so mehr wird über die Befriedigung des Nahrungs- und Wohnungsbedarfs an wertvolleren Gütern verbracht. Die Arbeiterhaushaltsstatistik der letzten Jahre hat gezeigt, daß bei Einkommenssteigerungen auf das 2½fache der Nahrungs- und Wohnungsbedarf nur gerade doppelt so starke Ausgaben mit sich bringt, während der Bekleidungsbedarf auf das Doppelte, die Ausgaben für Körper- und Gesundheitspflege auf das 3½fache, die für Erholung und Verkehr auf das 4½fache, die für Wohnungseinrichtung auf das 5½fache und die für Vergnügungen und Unterhaltungen sogar auf das 6½fache steigt.

Die Drückelung der Spitzeneinkommen muß sich also gerade für die Industriekonjunktur schädlich auswirken.

Die Senkung der Kohlenpreise.

Der Jahresbericht der A. G. Reichskohlenverband spricht zwar kein Wort über die wichtige Frage der Erlös-, Selbstkosten- und Lohnanteilentwicklung, was für 1929 besonders interessant gewesen wäre, aber der schätzbare Rest an Daten gibt hinsichtlich Löhnen und Preisen doch noch Anlaß zu einer Bemerkung. Nach der Auffassung der Zechen sind natürlich auch im Bergbau die Löhne zu hoch, und sicher tut es vielen Bergherren weh, daß Deugnötigen nicht ohne weiteres auf die Kohle anwendbar ist, nachdem die Zechen nur echte Tariflöhne kennen. Aber der Druck auf die Löhne ist natürlich höchst populär und die Forderung nach Abbau der Kohlenpreise wird sicher durch einen Hinweis auf die — auch im Verhältnis zum Ausland — „zu hohen“ deutschen Bergarbeiterlöhne pariert werden. Dazu sind folgende Ziffern wichtig:

Jahr	Tageslohnanteil je Kopf und Schicht (für Saure und Schmelze), Oberbergamtsbezirksbestand (1913 = 100 Proz.)		Brennerlohn (Reallohn) je Schicht für Saure und Schmelze (über Preisindex 1913 = 100 Proz.)	
	in kg	in Proz.	in Wert	in Proz.
1913	1183	100,0	6,71	100,0
1924	1077	91,0	4,64	68,7
1928	1458	123,2	6,48	96,6
1929	1552	131,2	6,80	101,3
1930 (1. Quartal)	1594	134,7	6,86	102,3

Diese Ziffern sollten wirklich beachtet werden: einer enormen realen Leistungssteigerung steht ein bei Berücksichtigung der höheren Sozialbeiträge der Zechenbesetzungen überhaupt nicht erhöhter Reallohn gegenüber. Gleichzeitig liegen die Kohlenpreise (auch im Rahmen des deutschen Großhandelsindex) heute außerordentlich hoch.

Rein produktionswirtschaftlich ist die Entwicklung der englischen Zechen viel ungünstiger gewesen. Im englischen Durchschnitt beträgt die Leistungssteigerung gegen 1913 nur 108,2 Proz. bis Ende 1929, die Löhne sind auch heute noch die Reallohn von 1913, und die Preise sind viel niedriger als die deutschen; auch die Erlöse. Dennoch wurden für das 1. Quartal 1930 je Tonne steigende Kohlenpreise in England gemeldet.

Daraus ergibt sich, die deutschen Kohlenpreise müssen und können gesenkt werden. Diese Senkung muß und kann sofort erfolgen, und zwar ohne Rücksicht auf das bestehende Lohnniveau, das eher zu niedrig als zu hoch ist.

neu aufgenommenen Fabrikation von 6- und 8-Zylinder-Motoren. Im laufenden Jahre hat sich das Schwergewicht der Fabrikation bei dem Unternehmen nach der Seite des Kleinautos verschoben.

Im Jahre 1929 wurde ein Reingewinn von 2,35 Millionen erzielt; das sind mehr als 24 Prozent auf das Aktienkapital. Diese Summe wird zunächst zur Kollisionszahlung des Aktienkapitals verwendet, eine Methode der Finanzierung aus laufenden Gewinnen, die wenigstens den Vorzug der Offenheit hat. Der Rest des Reingewinns würde, wie in der Generalversammlung erklärt wurde, zur Verteilung von wieder 10 Prozent Dividende ausreichen. Herr Rasmussen, der aus dem Unternehmen noch in anderer Form erhebliche Beträge erhält, zieht es jedoch vor, den gesamten Reingewinn zur Stärkung der finanziellen Position zu verwenden. Die Bilanz ist flüssiger als die vorjährige, obwohl allein das Kontostunden-Gebäude und Maschinen einen Zuwachs von 3,17 Millionen erhalten hat.

Expansion des Metallbank-Konzerns.

Der Frankfurter Metallbank-Konzern, der in letzter Zeit eine außerordentliche Aktivität gezeigt hat, schließt jetzt schon wieder ein großes Industrie-Unternehmen. Eine außerordentliche Generalversammlung der Deutschen Gold- und Silber-Scheideanstalt A. G. Frankfurt a. M. beschloß die Fusion mit der Holzwerkstoffindustrie A. G. Konstanz (Kapital 10,41 Millionen), die sieben chemische Fabriken in Deutschland sowie mehrere Tochterfabriken im In- und Ausland besitzt. Das gesamte Vermögen der Holzwerkstoffindustrie A. G. geht auf die Gold- und Silber-Scheideanstalt über, die ihr Kapital von 29,6 auf 35,6 Millionen erhöht. Den Weg zu dieser Transaktion haben fortgesetzte Käufe von Holzwerkstoff-Aktien durch die Scheideanstalt an der Frankfurter Börse gebahnt.

Amerikas Wirtschaftskrise.

Ein Urteil der Gewerkschaften.

Aus Washington wird uns gemeldet: Die American Federation of Labour gibt in ihrem neuen Monatsbericht eine wenig ermutigende Schilderung der Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten, die von den bisher stark optimistisch gefärbten offiziellen Auslassungen auffallend abweicht. Die Federation konstatiert, daß sich Amerika seit einer ganzen Reihe von Monaten in einer Periode der Wirtschaftsdpression befindet. Die industrielle Produktion habe im Vergleich zu der normalen saisonmäßigen Entwicklung einen Rückgang um 10 Proz. aufzuweisen. Die Zahl der Arbeitslosen sei gegenwärtig doppelt so groß wie im Vorjahre. Der Export bleibe um 20 Proz. hinter dem Vorjahresumfang zurück. Die Federation führt die Zunahme der Erwerbslosigkeit zu einem großen Teile auf

den geringeren Verbrauch amerikanischer Waren im Auslande zu, der seinerseits als eine Begleiterscheinung der unzureichenden Anleihegemährung Amerikas an das Ausland hingestellt wird.

Gegen den Benzintwacher.

Wie die Benzinpreis-Erhöhung verhindert werden könnte.

Die Reichskraftsprit-G. m. b. H. ist seit einigen Jahren Mitglied der Benzin-Konvention und arbeitet mit den großen Deltongernen zusammen, durch die die Benzinpreise in Deutschland ungerechtfertigt hoch gehalten werden. Das Ausmaß der ungerechtfertigten Kraftstoffverteilung geht aus einer Untersuchung im Hamburger „Wirtschaftsdienst“ hervor. Danach wurden die Benzinpreise in Deutschland seit 1926 um über 30 Proz. erhöht, während gleichzeitig auf dem Weltmarkt eine Preisentkung von mindestens derselben Höhe eintrat. Wenn die Reichskraftsprit-Gesellschaft die monopolistische Preispolitik der Deltongerne in Deutschland bisher mitgemacht hat, so gab es dafür immerhin noch eine gewisse Rechtfertigung. Das Unternehmen des Reiches war für die Herstellung seiner Wägen auch in den Fremdbezug angewiesen, um (im Austausch dafür) seinen Spirit an den Mann bringen zu können. Eine Verbindung mit rumänischen oder holländischen Lieferanten auf dem Benzinmarkt hätte ein gewisses Ergebnis bedeutet.

Vollständig geändert hat sich jedoch die Situation seit dem Bekanntwerden der neuen Spirit-Bezugsverordnung. Wie im „Wirtschaftsdienst“ ganz richtig erklärt wird, ergäbe sich mit dem Bezugszwang für die Reichskraftsprit-G. m. b. H. die Möglichkeit einer Einflußnahme auf die Politik der Benzin-Konvention und der Wiederherstellung eines freien Treibstoffmarktes, die notwendigerweise zu einer Senkung der Benzinpreise führen muß.

Die neuerliche Erhöhung der Benzinpreise um 2 Pf. für den Liter, deren Unbegründetheit an dieser Stelle schon dargelegt wurde, müßte die Reichskraftsprit-G. m. b. H. in doppeltem Maße veranlassen, sich von ihren bisherigen Konventionspartnern loszusagen. Sie ist auf die Deltongerne nicht mehr angewiesen. Darüber hinaus hat ein Unternehmen des Reiches auch gewisse Pflichten den Verbrauchern gegenüber. Die Garagenbesitzer würden die Reichskraftsprit sicher gern unterstufen. Das Verlangen der Reichskraftsprit, die beim Abich labiallich die bequemsten Wege aufsucht, läßt sich nicht verantworten. Der Weg zu einer treibstofffreien Politik ist heute offen. Wird dieser Weg außer acht gelassen, so läßt sich das Verhalten der Monopolverwaltung und ihrer Organe nicht anders denken, wie eine Billigung der rückwärtslenkenden Treibstoffpolitik der Trusts, die von allen Kreisen abgelehnt wird.

J. G. Farben und Standard-Oil

New York, 14. Juli. (Eigenbericht.)

Die Standard Oil-Company gibt den Zusammenschluß von 15 führenden amerikanischen Öl-Raffinerie-Gesellschaften in eine neugegründete Hydro-Patent-Company zwecks Verwertung des neuen, von der deutschen J. G. Farben-Industrie patentierten und in Gemeinschaft mit der Standard Oil-Company entwickelten Gasolin-Raffinerie-Verfahrens bekannt. Die zusammengeschlossenen Gesellschaften kontrollieren über 80 Proz. der amerikanischen Gasolinproduktion. Der neue Prozeß ist auf dem Bergius-Verfahren aufgebaut. Er ergibt bei großen Ersparnissen eine doppelte Gasolin-Ausbeute und ist von besonderer Bedeutung für die künftige Gestaltung der internationalen Petroleummärkte. Die J. G. Farben erhält für die amerikanischen Patentrechte eine beträchtliche Jahresvergütung und eine laufende Gewinnbeteiligung.

Jacob Michaels Beamtenversorgung.

Die Geschäftsentwicklung bei Michaels Beamtenwarenhäusern. — 1929: 80-Millionen-Umsatz.

Die Emil Köster Deutsche Beamten-Einkaufs-A. G. (Vorstand Jacob Michael) hat in den 21 Kaufhäusern, die über 3 Tochtergesellschaften (Deutsche Bekleidungs-Warenhaus GmbH, „Debema“, Deutsche Beamten-Barenversorgung GmbH, Bekleidungs-Gesellschaft für deutsche Beamte A. G.) noch ihr beliefern werden, im Jahre 1929 für 80 Millionen Mark Waren verkauft. Obwohl das gegenüber dem Vorjahr (43 Mill.) fast eine Verdoppelung bedeutet, wird die vorjährige Dividende von 10 Proz. nicht erreicht erhalten, sondern auf 6 Proz. ermäßigt; der Reingewinn (660 557 Mark gegen 444 361 Mark im Jahre 1928) konnte nicht entsprechend der eingetretenen Erhöhung des Dividendenberechtigten Kapitals gesteigert werden.

Ursache waren in erster Linie die Verluste der Bekleidungs-Gesellschaft für deutsche Beamte A. G. (1928 0,68 Mill.; 1929 1,14 Mill. Mark), die sich mit der Bank für deutsche Beamte jetzt endgültig auseinandergesetzt hat und das Jahr 1930 wieder mit Gewinn abzuschließen hofft.

Die Emil-Köster-Einkaufs-Gesellschaft, die mit der Leonhard Tich A. G. zusammenarbeitet, weist für Ende 1929 Außenstände von nicht weniger als 36,71 Mill. aus, denen auf der anderen Seite Bankschulden (17 Mill.), Hypothek (21 Mill.) und Gläubiger (9,3 Mill.) gegenüberstehen. Die Handlungsunkosten betragen ein Viertel des Umsatzes.

Die Schuldenbelastung erscheint sehr beträchtlich.

Stollwert und der Margarinetrust. Die Direktion der Gebr. Stollwert A. G., Köln, legt Wert auf die Feststellung, daß ihr Unternehmen seine volle Selbstständigkeit behält und weder in den Interessenkreis des Margarinetrusts geraten ist, noch unter dessen Herrschaft. Unsere Vermutung, daß der Stollwert-Konzern seine Rohstoffe in Zukunft vom Margarinetrust bezieht, wird von der Firma nicht als unrichtig bezeichnet.

Guter Kollab im Juni. Die Abladungen der zum Deutschen Kollabonit gehörenden Kollabwerke im Juni betragen 959 676 Doppelzentner Kollabonit gegen 977 678 Doppelzentner im gleichen Monat des Vorjahres. Die Abladungen in den ersten zwei Monaten (Mai und Juni) des laufenden Düngejahres betragen 1 751 451 Doppelzentner Kollabonit gegen 1 750 610 Doppelzentner in den ersten zwei Monaten des Düngejahres 1929/30. In den ersten sechs Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden von den Kollabwerken insgesamt 8 292 500 Doppelzentner Kollabonit gegen 8 299 061 Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres verhandelt, also fast ebensoviel.

Rückgang des Motorababjahres. Der Motorababjahrgang war in Deutschland während des ersten Halbjahres 1930 um 30 bis 40 Proz. geringer als in derselben Zeit des Vorjahres. Nach einer Mitteilung, die in der Generalversammlung der Triumph Werke A. G., Nürnberg, gemacht wurde, entfällt der Abfahrjahrgang in erster Linie auf die kleineren Motorabfabriken.

„Kartell der Starken?“

Der erste Henschel-Abschluß und die Arbeitsbeschaffung der Lokomotiv-Industrie.

Die Lokomotivfabrik Henschel u. Sohn, Kassel, schließt das erste Halbjahr als Aktiengesellschaft mit einem Verlust von 2,04 Millionen bei einem Kapital von 45 Millionen ab. Die Beschäftigung bei dem Unternehmen litt unter dem bekannten Mangel an Inlandsaufträgen, während Bestellungen aus dem Ausland nach dem Bericht fast nur zu Verlustpreisen zu erhalten waren.

Der Stand des Unternehmens ist trotzdem nicht schlecht. Der Verlust wird aus der gesetzlichen Reserve gedeckt, die bei der Bewertung der Aktien (neben der Bildung großer stillen Reserven) gelegentlich der Gründung sehr hoch angesetzt wurden. Zu Anfang des laufenden Jahres beschäftigte Henschel (schon ohne Essener Steinkohle) noch 3400 Mann; für die nächste Zeit werden jedoch erhebliche Entlassungen angekündigt.

Gleichzeitig mit dem Verlust-Abschluß von Henschel wird von der Lokomotiv-Industrie eine Eingabe bekanntgegeben, durch die die Firmen Krupp, Borsig, Schwanke, Henschel und Henschel die Reichsregierung um Rotstands-aufträge über einige hundert Lokomotiven ersuchen, damit große Entlassungen in der Lokomotivindustrie vermieden werden können. Bedenken gegen diese gewiß diskutierbare Forderung läßt jedoch eine Stelle im Bericht der Henschel u. Sohn A. G. aufzuweisen, deren Betrieb trotz der Aufträge von Krupp nach wie vor als die größte deutsche Lokomotivfabrik gilt. Der Kampf um die Aufträge, deren Betrieb trotz der Aufträge von Krupp nach wie vor als die größte deutsche Lokomotivfabrik gilt. Der Kampf um die Aufträge, deren Betrieb trotz der Aufträge von Krupp nach wie vor als die größte deutsche Lokomotivfabrik gilt.

Zwischen den Zeilen liest man da für später den Wunsch nach einem Lokomotivkartell der großen Fabriken. Wenn die Lokomotivfabriken jetzt subventionierte Rotstands-aufträge fordern würde zunächst der von Henschel gewünschte Ausschreibungsprozeß gehemmt. Gegenüber einem späteren „Kartell der Starken“ müßte aber erst recht die schärfste Kontrollations- und Preiskontrolle stattfinden.

DKW. baut weiter aus . . .

und verdient 24 Prozent.

Eine rationelle Betriebsauslastung verstanden mit Erfolg die Fischpauer Motorenwerke J. S. Rasmussen A. G. („DKW“). Um für die einseitige Saison (Frühjahr) der Rotatorradindustrie einen Ausgleich zu schaffen, wurde die Fabrikation von Eischränken aufgenommen, deren Saison im Sommer und Herbst liegt. Wenig Erfolg hatte das Unternehmen dagegen mit der

Volkmar Iro: Fluch des Gottes

Hanuman, der dickleibige, offenköpfige Gott der Fröhlichkeit ist einer der Lieblingsgötter der Inder; seine roten Holz- und Tonstatuen sind fast in jeder Hütte zu finden, und auch in der Gartüchse des alten Kalasa, der sein Geschäft im Eingeborenenviertel von Bombay betreibt, steht der ewig lächelnde Hanuman neben dem Herd.

Während aber der Wirt sonst vormittags geschäftig bei seinen Töpfen hantierte, sah er jetzt reglos vor der Tür und starrte in das Gewühl der Straße, das schillernd und brüllend in der Glühbige des Vormittags vorbeizog. Aber er sah nicht die zerlegten, grellfarbigen Turbane über den braunen Gesichtern, die dottergelben, kobaltblauen, giftgrünen, fleischfarbigen Kaktanzücker der Weiber, die halbnaakten Kinder mit ihren Glasletten, die in den schrecklichsten Farben gefärbten, vier- und fünfstöckigen Zinnschalen, auf deren schmalen Balkons grüne Papageien zwischen zerlegter Wäsche und bunten Gewändern einen höllischen Vollführten, er sah nicht die Büffelgepanne, Fliegen und Autos in dem Strom der Menschen — er sah nur das gelbe, häßliche Gesicht des arabischen Pferdehändlers und hörte immer wieder den Fluch, den er ihm am vergangenen Abend entgegenstieß:

Der Araber hatte die rote Holzstatue des Hanuman angepflegt und dabei dem Wirt die Best gewünscht, weil er sich weigerte, den zahlungsunfähigen Gast weiter zu verköstigen!

Kalasa hatte sofort seinen Lieblingsgott unter Gebeten gerufen und ihm Blumen gestreut, aber er war die ganze Nacht schlaflos gelegen und grübelte jetzt weiter nach, wie er sich am billigsten vor der Rache des beleidigten Hanuman schützen könne, denn er war in der ganzen Umgebung als Geizhals bekannt und wollte sich das Opfer im Tempel ersparen.

Er überlegte lange, doch schließlich siegte die Furcht über seinen Geiz. Er stand auf, nahm den Verdienst des Vortages und ließ sich dann von dem braunen Gewühl, das aus den Bajorgassen der Seidenhändler, Silberfärber, aus den Baumwollspinnereien und Fabriken zusammenströmte, gegen den Siva Sholechwartampel treiben. Er schritt bedrückt durch den Gestank der Gartüchsen und Räucherkerzen, der schmelzenden Rühmstfeuer, des Brodems von Krutöl und der dampfenden Kochtöpfe, kimperte ungeschlüssig mit seinen Silberrupien, kaufte dann in den Buden vor dem Tempelbezirk blühe Blumen und Dichter, ging im Tempelhof vorsichtig an den heiligen Kühen vorbei, die vor ihren Heubündeln wiederkauten und besäen einen Pögel.

Kalasa zündete die Lichter an, streute seine Blumen, legte den fahlgelbten Priester schweren Herzens die Silberrupien in die Messinghälften und trat dann erleichtert den Heimweg an.

Aber sein Opfer hatte keine Gnade gefunden und der Zorn des Allgottes wurde schon am Abend offenbar, als in den Gassen die

roten und blauen Ampeln brannten und die Küche Kalasas voll von Gästen war.

Da schlich ein hagerer, elend aussehender Kuli herein, als Kalasa eben beim Herd die Schüsseln füllte, lauerte sich in einen Winkel und hat seine Nachbarn demütig um einen Schluck Reiswein. Die Arbeiter und Lastträger erschraken, als sie die teuflische Stimme hörten und näher in das fahlgelbe, abgezehrte Antlitz blickten. Die Lippen des Mannes waren bläulich, seine Augen flackerten in den tiefen Höhlen, ein heftiges Fieber ließ seine Zähne gegeneinander schlagen. Einer ließ ihn trinken, rief den Wirt und bat um eine Schale Reis für den Erschöpften.

Kalasa musterte den Kuli und verlangte zuvor die Bezahlung. Als der Mann nur die Schulter zuckte, wurde Kalasa über den Bettler, der sein Geschäft zur besten Zeit störte, zornig und wies ihn hinaus.

Da erhob sich der hagerer, hochläufige Hindu teuflisch, stand fiebergeschüttelt, warf sein zerlegtes Tuch ab und zeigte gegen die bläulich geschwollenen Kehlhöhlen:

Schreie gellten, Kalasa bog sich entsetzt vor dem Pestkranken zurück. Alle Gäste drängten zum Ausgang, in der kürzesten Zeit war die Küche leer. —

Als der Türvorhang hinter dem Behten gefallen war, schlug der Kuli rasch sein Tuch über, zitterte jetzt nicht mehr, sprang zum Herd, leerte blühschnell zwei Reischüsseln und einen Krug, stopfte, was er nicht vertilgen konnte, in einen Topf, band ihn auf den Rücken, sprang durch das Fenster in den Hof des Nachbarhauses und verschwand in der Finsternis der nächsten Gasse.

Und während eine halbe Stunde später die Seucheposterei in der Gartüchse des Kalasa nach dem Pestkranken suchte, wusch sich der Kuli im Teich des Rombadwitempels die blauschwarzen Flecken mit Seife vom Körper, wusch sich die Farben von den Lippen und Augen, verzehrte in Ruhe die Reis- und Fischgerichte des Topfes und erwartete dann vor dem Tempel den Araber, der ihm schmunzelnd eine Rupie für die rasche Erfüllung des Fluches Hanumans bezahlte. —

Am nächsten Mittag trat der Araber in das halbleere Lokal Kalasas, begrüßte ihn höflich und erklärte sich bereit, seinen Fluch wieder zurückzunehmen, wenn ihm der Wirt das Essen noch für zwei Wochen kreditiere.

Kalasa ahnete aus. Er hatte sich schon pestkrank und sein blühendes Geschäft verödet gesehen und war sofort einverstanden, nicht zwei, sondern drei Wochen zu kreditieren. Und während er den Araber mit dem Besten bediente, berechnete er zufrieden, daß ihm der unheimliche Gast für drei Wochen noch immer billiger komme als das Opfer des Verdienstes von einer Woche, das er in seiner Furcht am Nachmittag den Priestern des Hanuman bringen wollte!

Pariser Warenhäuser

Die „Rouvelles-Galleries“ in Paris, das große Warenhaus an dem Boulevard Bonne-Nouvelle, ist ein Raub der Flammen geworden. Damit ist Paris um ein Riesenunternehmen ärmer geworden, das hauptsächlich den Mittelstand zu seiner Kundenschaft zählte.

Paris ist die eigentliche Geburtsstadt der Warenhäuser, die sich im Laufe der Jahrzehnte die Welt erobert und dem Kleinhandel ein neues Aussehen gegeben haben. Es sind jetzt gerade 75 Jahre her, daß in Paris das erste „Grand Magasin“, also das erste Warenhaus im heutigen Sinne, entstand. Im Jahre 1855 wurde nämlich das berühmte Warenhaus der „Louve“ begründet. Dieses Grand Magasin, das seinen Namen von dem berühmten Schloß und Museum ablehnte, wurde das Vorbild für alle künftigen Warenhäuser, die bald in England, Amerika und Deutschland entstanden. Kleinere Warenhäuser, die sich nicht auf ein Spezialgebiet beschränkten, wurden schon in den vierziger Jahren in England begründet. Ihren Siegeszug durch die Welt traten sie aber erst nach der Eröffnung des „Louve“ an, der in Paris bald großen Zulauf fand. Am meisten hat ohne seinen Willen der französische Romandichter Emile Zola für die Warenhäuser Propaganda gemacht. In seinem bekannten Warenhausroman „Au bonheur des dames“ hat er bereits in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts den Kampf des Kleinhandels gegen den Wettbewerb der Warenhäuser dramatisch und padend geschildert. Er zeigte den Kauf, den die Zusammenballung von ungeheuren Warenmassen in einem Hause bei dem Publikum erzeugt, den Warenverkauf als geschäftliche Selbstdefension, die Belästigung jeder Überlegung des tausenden Publikums durch geschickte Werbungsmaßnahmen. Die Propagandawörter der Warenhäuser konnten von dem geschäftlichen Außenleiter Zola viel lernen und haben auch von ihm gelernt.

Durch diese literarische Gestaltung einer neuen Art von Massenpsychologie auf dem Gebiete des geschäftlichen Lebens hat Zola die Warenhäuser in Paris erst richtig volkstümlich gemacht. Das Warenhaus „Louve“ blühte in ungeahnter Weise auf und wurde bald in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, die über mehr als 20 Millionen Franken Kapital verfügte und in den ersten Jahren des Jahrhunderts schon über 5000 Angestellte zählte. Noch bedeutender als „Louve“ wurde allmählich das große Warenhaus „Bon marche“, das das Vorbild für Zolas „Au bonheur des dames“ gewesen sein soll. Nach den großen Erfolgen, die die ersten Unternehmungen aufzuweisen hatten, schossen in Paris bald zahlreiche Warenhäuser wie Pilze aus der Erde hervor. Unter ihnen waren große Geschäfte, wie „Belle jardiniere“ und „Printemps“, aber auch viel kleinere, die nicht eine lange Lebensdauer hatten. Im Gegensatz zu den deutschen Warenhäusern, die ganz nüchterne Namen nach den Besitzern führen, haben die meisten französischen „Grand magasins“ poetische Bezeichnungen, wie „Frühling“, „Zum guten Einlauf“, da offenbar die Französin durch derartige Ausdrucksweisen beeinflusst wird.

Es ist darum kein Zufall, daß auch das Warenhaus in dem Roman von Zola den werbenden Namen „Zum Glück der Damen“ führt. Der Unterschied zwischen deutschem und französischem Wesen kommt auch in dieser Belanglosigkeit zum Ausdruck, denn es ist ganz sicher kein Zufall, daß die Namen der Warenhäuser in Frankreich und Deutschland sich so eigenartig unterscheiden. Der Deutsche liebt Werbung durch Leistung, während schöne und verlockende Namen, die in Frankreich ihre Zugkraft ausüben, bei uns eher mißtrauisch belächelt werden. Heute verfügt Frankreich nicht mehr über die größten Warenhäuser, denn mit ähnlichen Unternehmungen in New York, Chicago, Philadelphia und anderen amerikanischen Städten kann Paris nicht mithalten. Auch Deutschland und England haben heute, insbesondere durch die weitreichende Konzernbildung, die Größe der französischen Unternehmungen überflügelt.

Nathan Gurdus: Judenstädtchen Z.

Jrgendwo auf der Straße Berlin-Kratau liegt das Judenstädtchen Z. Wenn der Orientexpress mit donnerndem Gestampfen an der Station des Städtchens vorüberfährt, sehen die Reisenden, die aus den Weltstädten Berlin, Paris, London kommen und nach dem Balkan oder gar bis Konstantinopel fahren, nicht mal zum Kupefenster hinaus.

Man weiß, gerade auf diesem Teil der Strecke liegt ein winziges Städtchen beim anderen. Ein Stationsgebäude sieht genau so unauffällig aus wie das andere. Die Riesenlokomotive des Express durchfährt all diese Orte mit unermüdlicher Geschwindigkeit. Nur manchmal verstopft sie etwas und pfeift höflich. Dann kommt es vor, daß hier und da ein Reisender vom Bett des Schlafwagens oder vom Tisch des Speisewagens naserümpfend auf das graue Stationsgebäude blickt. Aber auf dem Bahnsteig stehen immer schon am frühesten Morgen, trierend im Winter, schweigend im Sommer, ärmlich gekleidete, vollgepackte Gestalten in langen grauen Kostans, kleine Schirmmützen auf dem Kopf. Alte Männer mit grauen Bärten und junge Gesichter, aber alle von Sorgen. Das sind die Juden des Städtchens, die da auf ihr „Jügl“ warten, das sie in die Dörfer zum Broterwerb bringen soll.

Die jüngeren unter den Kostantörern sehen immer mit sehnsüchtigen Augen dem Express nach. Für sie ist er der einzige Bote aus der großen Welt „da draußen“, wie sie sagen.

Der Reisende des Express aber sieht am Bahnsteig eine Welt vorüberziehen, die mitten in Europa ist, aber die er so wenig kennt. Fremd, exotisch scheinen ihm die Kostantgestalten. Zwei Welten stehen sich da gegenüber, seitundemlang, nur solange die Lokomotive erlaubt.

Vielleicht blicken die jungen Menschen im Kasten so sehnsüchtig nach dem Express und der Reisende am Kupefenster so hochmütig auf die Kostantgestalten, weil einer die Welt des anderen nicht kennt...

Judenstädtchen Z., als ich zu die reiste, kam ich nicht im Express. Rein, im „Jügl“ mit deinen Söhnen zusammen reiste ich zu dir. Das „Jügl“ ist voll, heute am Freitag eilen die Männer, nachdem sie die ganze Woche über die Dörfer in der Runde mit ihren Bauschläden und Waren in Koffern abgeklappert haben, nach Hause zu den Threigen.

Ihre Gesichter strahlen. Vergessen ist die mühselige Woche. Vergessen ist der farge Verdienst. Sie denken nur an den morgigen Schabbes.

Mit froher Stimme erzählt einer von seinen Kindern. „Meine Tochter... Mein Sohn... gar ein Weiser... gefund sollen sie mit sein. Einer macht dem anderen Komplimente wegen der Weisheit seiner Kinder. Das ganze Kupe strahlt... ich auch beim Hören der heimischen Laute. Langsam rattert die Kleinbahn weiter. Die Gespräche verstummen etwas. Einer nach dem anderen gehen die Reisenden den Tischen aus den Köpfen. Aufmerksam, wie man es in Westeuropa gar nicht sieht, beginnen sie ihre Zeitungen aus Werschau zu lesen.

Sie lesen Zeitungen?! Verblüfft seh ich um mich. Früher da waren in ganzen Städte keine drei Zeitungsleser. Was in der Welt geschah, interessierte ja keinen. Ich erinnere mich an eine Geschichte, die mir ein Sohn des Judenstädtchens Z., der nun ein großer und berühmter Mann „da draußen“ geworden ist, erzählt hat:

Vor dreißig Jahren, als ich ein junger Mann war, gab es keine Eisenbahn in Z. Abgeschnitten von der ganzen Welt waren wir. Zeitungen kamen überhaupt nicht ins Städtchen. Wir saßen

inmitten Europas und hörten von nichts. Eines Tages kamen die ersten Zeitungen nach Z. Der Schuster Herich erhielt ein Lederpaket aus Warschau. Die Häute waren in alle Zeitungen gewickelt. Nach langem Flehen gab er mir die Zeitungen. Heißhungerig stürzte ich mich auf die alten hebräischen Blätter. Ich verschlang jede Neuigkeit und merkte gar nicht, daß die Zeitungen schon damals 19 Jahre alt waren! Da auf der ersten Seite eines Blattes stand in Riesenschrift: „Alexander II. von Rihilien ermordet!“

Zitternd vor Schreck stürzte ich in die Synagoge, wo die Allen verammelt waren.

„Der Zar ist ermordet worden“, schrie ich.

Die Zeitung wurde vorgelesen. Es stimmte. Das ganze Städtchen lief zusammen. Eine ungeheure Panik brach aus.

Der Zar ist ermordet! Also wen wird man schlagen...? Zuerst auf alle Fälle die Juden. Das Städtchen zitterte vor einem Pogrom. Und keiner merkte, daß die Zeitung schon beinahe zwanzig Jahr alt war!

Alexander II. moderte schon lange; sein Enkel regierte schon und im Judenstädtchen Z. lebten wir wochenlang in Todesangst wegen der Ermordung Alexanders II., zwanzig Jahre nach seinem Tode!

Diese wahre Geschichte kam mir in den Sinn, als ich die alten Juden von heute vertiefe in ihre hebräischen und jiddische Zeitungen sah. Es hat sich also vieles verändert.

Wir sind in Z. Bremsen quetschen. Jämmerlich pfeift das Lokomotivchen. In aller Eile stürzen alle nach Hause; in zwei Stunden Sabbatbeginn! Das Städtchen Z. ist wie immer Freitagabend voll hastender Menschen. Aber je mehr der Sabbat heraufzieht, desto mehr schließen die Handwerker und „Kaufleute“ ihre Stände. Und auf einmal werden die vollen Straßen leer. Durch die Luft zieht der bekannte Duft von frischgebackenen „Baroches“ und gefülltem Fisch. Aus den Fenstern der kleinen zerfallenen Häuser dringt Kerzenschimmer. Und da auf einmal füllen sich die Straßen mit den Menschen des Städtchens Z. Aber wie anders sehen jetzt die Handwerker, Lastträger, „Kaufleute“ aus. Alle in neuen Kostanen, neue Mützen, blank die Schaffstiele. Die Frauen in neuen Tüchern gehüllt. Alle ziehen sie dahin in feierlicher Stimmung zur Synagoge.

Ein neues Bild für Z. fällt mir in die Augen... Die Jugend. Viele von ihnen schon europäisch angezogen, „deitsch gekleidet“, sagt man da. In den Knopflöchern Abzeichen jüdischer Sportklubs und zionistischer Arbeiterverbände. Aufrecht gehen sie neben den Allen mit gebeugten Rücken. Zwei Jahrhunderte ziehen da nebeneinander. Da geht neben der alten Generation die neue aufrecht, die keine Pogrome erlebte.

Judenstädtchen Z. begehrt seinen Schabbes... Daselbe Bild seit Hunderten von Jahren. Aber auch da ist jetzt die neue Zeit eingedrungen. Denn immer leuchten helle Sportschlusen neben den langen, dunklen Kostanen des Ghettos. Aber die Jugend zieht doch in neuen Kleidern, mit neuen Gedanken, mit den Allen, und nicht gegen sie.

Ein unergötliches Bild... Ich bin inmitten Europas. Weltstadt Berlin. Lichter rufen. Menschen horten. Autos brüllen. Tempo, Tempo... Für Gedanken, Gefühle keine Zeit. Die Millionenstadt rast und reißt über mit... Aber an den Freitagabenden sehe ich auf einmal zwischen den Lichterketten und Autoschlüssen hindurch: Graue Gebäudchen graue Gestalten, Kerzenschimmer... Judenstädtchen Z.!

Ein wohlriechendes Zukunftsbild

Ein irdisches Paradies, das nur von den zariesten und süßesten Düften durchwogt wird, ist das Zukunftsbild, das der Professor der Psychologie an der Colgate-Universität im Staat New York, Dr. Donald A. Baird, zeichnet. Er kündigt eine neue Entdeckung an, durch die alle schlechten Gerüche verbannt werden, die jetzt noch unsere Nasen belästigen. Die moderne Chemie hat es so weit gebracht, aus der Verbindung zweier schlechter Gerüche einen angenehmen Duft herstellen zu können. Man nimmt eine stinkende Flüssigkeit, wie z. B. Karbon, und läßt sie gleichsam „gegen sich selbst arbeiten“, indem man ihr kleine Mengen einer starken Chemikalie als Hilfe beibringt. Dieser chemische Stoff kann an sich ebenfalls unangenehm riechen, aber durch die Verbindung beider Stoffe entsteht ein herrlicher Geruch. Einige der stärksten Gerüche, wie z. B. der von Gas, sind nun überhaupt dieser neuen Behandlung noch nicht ausgesetzt worden, aber nach Dr. Baird ist es nur eine Frage der Zeit, daß man alle üblen Dünste auf diese Weise behandeln und bekämpfen wird. Eines Tages ist man so weit, daß sämtliche Attentats auf unsere Nasen beseitigt und alle Stoffe nur noch süße Düfte ausatmen. Unsere Wohnungen werden dann von Wohlgerüchen durchweht werden, und in den Theatern, Konzertsälen und Kinos werden die sonstigen Genüsse, die uns dargeboten werden, durch unerhörte Sensationen für die Nase gesteigert sein.

Alter und Vermehrung der Walfische

Seitdem die Gefahr besteht, daß die Walfische durch allzu eifrige Jagd ausgerottet werden, sucht man ihre Lebensweise genauer zu erforschen, namentlich festzustellen, wie alt sie werden und in welchem Maße sie sich vermehren. Wenn man die Größe eines Walfisches mit der Größe eines Menschen vergleicht, so nimmt man unwillkürlich an, daß die Wale ein ungleich höheres Alter erreichen müßten, um so mehr staunt man, wenn man erfährt, daß die Wale selten älter als sechs Jahre werden. Erst durch längere Forschungen des englischen Dampfers „Discovery“ im südlichen Atlantischen Ozean zwischen dem Kap der guten Hoffnung und dem Kap Horn ist es durch die Untersuchung von 1683 Walfischen, die innerhalb drei Jahren gefangen wurden, gelungen, dies festzustellen. Ebenfalls zum ersten Male hat man durch diese Untersuchungen eine richtige und klare Auffassung von der Vermehrung der Walfische bekommen. Ein Walfischweibchen bringt durchschnittlich alle zwei Jahre ein Junges von 6,5 bis 7 Meter Länge im April bis Juli zur Welt. Das Junge wird mit fettreicher Milch bis zum Dezember gesäugt und ist dann schon 12 bis 16 Meter lang. Im Winter der südlichen Halbkugel wandert es mit den Alten nach Norden und kehrt im Sommer nach Süden zurück. Nach zwei Jahren ist es ausgewachsen und beginnt sich fortzupflanzen.

